
Wh-Überschriften im Deutschen und Englischen. Eine explorative kontrastive Studie zu ihrer Form und textstrukturierenden Funktion in Presstexten

Rita Finkbeiner (Mainz)¹, Anita Fetzer (Augsburg)

Abstract: Ziel des Beitrags ist es, die Verwendung kanonischer und nicht-kanonischer Syntax von wh-Überschriften in der deutschen und britischen Presse im Rahmen einer explorativen kontrastiven Studie zu untersuchen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der textstrukturierenden Funktion dieser Überschriften zu diskutieren. Wir gehen von der Annahme aus, dass wh-Überschriften beider Realisierungsformen als Framesetter fungieren, die das Makrotopik des Textes indizieren, dass aber die verschiedenen Formen eine je unterschiedliche Erwartungshaltung in Bezug auf Struktur des folgenden Textes wecken. Diese Annahme überprüfen wir anhand einer quantitativen Untersuchung der Distribution beider syntaktischer wh-Varianten sowie der darin enthaltenen wh-Proformen und anhand von qualitativen Detailstudien zur Textstruktur ausgewählter deutscher und britischer Presstexte. Der kontrastive Ansatz deckt globale Unterschiede zwischen kanonischen und nicht-kanonischen wh-Überschriften auf, die sich in beiden Pressediskursen zeigen, wobei sich insbesondere in Bezug auf Frequenz und Wahl von wh-Proformen gewisse sprachspezifische Unterschiede ergeben.

Keywords: Diskurspragmatik, Illokution, Präsupposition, Syntax

1. Einleitung

Gegenstand dieses Beitrags sind die Beziehungen zwischen Syntax, Pragmatik und Diskurs bei wh-Überschriften in deutschen und englischen Presstexten. Unter wh-Überschriften wollen wir hier Überschriften verstehen, die syntaktisch die Form von wh-Interrogativsätzen haben. Dabei sind zwei syntaktische Realisierungsformen zu unterscheiden: Als kanonische Form bezeichnen wir eine wh-Überschrift mit der Syntax eines selbständigen wh-Interrogativsatzes, cf. (1), als nicht-kanonische Form eine wh-Überschrift mit der Syntax eines unselbständigen wh-Interrogativsatzes, cf. (2).

- (1) a. Brexit: Wie konnte das passieren?
b. Brexit: How could it happen?

1 Die Arbeit von Rita Finkbeiner an dieser Publikation wurde gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – FI 2297-1/1.

- (2) a. Brexit: Wie das passieren konnte
 b. Brexit: How it could happen

Wie (3) zeigt, ist die nicht-kanonische Variante typischerweise in abhängigen Kontexten zu finden.

- (3) a. Peter fragt, wie das passieren konnte.
 b. Peter asks how it could happen.

In der Verwendung als wh-Überschrift kommt jedoch beiden Varianten, also (1a-b) ebenso wie (2a-b), der Status eines selbständigen Satzes mit eigenem illokutionärem Potential zu. In der britischen und deutschen Presse finden sich wh-Überschriften vergleichsweise häufig, sowohl in gedruckten Zeitungen, auf die wir uns in diesem Beitrag konzentrieren, als auch in Online-Presseportalen. Dennoch sind wh-Überschriften als besonderer Überschriftentyp in der Text- und Medienlinguistik wie auch in der Diskurspragmatik bisher kaum beachtet worden.

Der Fokus der bisherigen syntaktischen und semantischen Forschung zu Überschriften liegt auf der Beschreibung und Modellierung syntaktischer Reduktionsphänomene wie der Tilgung von Artikeln und Kopulaverben (z.B. Sandig 1971; Mårdh 1980; Weir 2009). Die Beziehungen zwischen der syntaktischen Struktur von Überschriften und ihren spezifischen diskurspragmatischen Funktionen spielen dagegen in der Forschung kaum eine Rolle. Die text- und medienlinguistische Forschung hat verschiedene Versuche vorgelegt, Presseüberschriften funktional zu typisieren (Wulff 1979; Wandruszka 1994; Di Meola 1998; Dykstra 2019), wobei Überschriften meist isoliert betrachtet und klassifiziert werden, ohne ihre Textbezüge detailliert herauszuarbeiten. Dagegen gibt es nur wenige Arbeiten zu Überschriften, die eine pragmatische Perspektive einnehmen (z.B. Dor 2003; Ifantidou 2009; Chovanec 2014).

Wh-Überschriften sind ein Überschriftentyp, der in besonders anschaulicher Weise zeigt, dass Überschriften als Phänomen auf der Schnittstelle zwischen Syntax, Pragmatik und Diskurs betrachtet werden sollten. Ihre interrogative Syntax und Semantik eröffnen ein spezifisches illokutionäres Potential, aus dem sich spezifische Erwartungen an den Text und seine Strukturierung ergeben. Erste Studien legen nahe, dass es eine enge Interaktion zwischen der Form und der textstrukturierenden Funktion von wh-Überschriften gibt (Finkbeiner 2020; Finkbeiner & Külpmann 2022). Genaue Analysen an Texten, die das textstrukturierende Potential von wh-Überschriften empirisch rekonstruieren, stehen aber noch aus. Besonderen Aufschluss hierzu verspricht einerseits eine genaue Betrachtung der spezifischen textstrukturellen Unterschiede zwischen nicht-kanonischen und

kanonischen wh-Überschriften und andererseits eine kontrastive Herangehensweise, die von wh-Überschriften begleitete Texte in verschiedenen Sprachen vergleicht.

In diesem Beitrag werden wir die Ergebnisse einer explorativen kontrastiven Studie zu den textstrukturierenden Funktionen von wh-Überschriften in der deutschen und britischen Presseberichterstattung vorstellen. Wir gehen dabei von der grundlegenden Annahme aus, dass sowohl wh-Überschriften mit kanonischer Syntax als auch wh-Überschriften mit nicht-kanonischer Syntax als Framesetter fungieren, die das Makrotopik des Textes indizieren, dass aber beide Formen eine je unterschiedliche Erwartungshaltung bei den Leser*innen in Bezug auf den folgenden Text wecken. Diese ist abhängig von der Syntax der wh-Überschrift und dem damit in Beziehung stehenden Illokutionspotential sowie von der Wahl der wh-Proform. Konkret sollen die folgenden zwei Hypothesen getestet werden:

- (H1) Durch nicht-kanonische wh-Überschriften – die funktional keine Fragen sind – wird angezeigt, dass der folgende Presstext die offene wh-Proform der präsupponierten Proposition zum Thema hat, und es wird die Erwartungshaltung geweckt, dass im Text die Validierung der Präsupposition im Vordergrund steht.
- (H2) Durch kanonische wh-Überschriften – die funktional Fragen sind – wird angezeigt, dass der folgende Presstext die offene wh-Frage zum Thema hat, und es wird die Erwartungshaltung geweckt, dass die Erörterung der Frage im Vordergrund steht.

Unser Ziel besteht darin zu zeigen, dass die beiden Typen von wh-Überschriften sich in den in den Hypothesen genannten Aspekten voneinander unterscheiden. Dieses Ziel verfolgen wir (a) im Rahmen einer quantitativen Untersuchung der Distribution von nicht-kanonischen und kanonischen wh-Überschriften sowie der darin enthaltenen wh-Proformen und (b) anhand von qualitativen Detailstudien zur Textstruktur ausgewählter deutscher und britischer Presstexte mit wh-Überschriften. Der kontrastive Ansatz deckt globale Unterschiede der genannten Art in Presstexten beider Sprachen auf, wobei sich insbesondere in Bezug auf Frequenz und Wahl von wh-Proformen gewisse sprachspezifische Unterschiede zeigen.

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: In Abschnitt 2 skizzieren wir den theoretischen Rahmen, der die Grundbegriffe für unsere Analyse bereitstellt. In Abschnitt 3 stellen wir die Ergebnisse unserer quantitativen und qualitativen Analysen vor. In Abschnitt 4 vergleichen wir die Ergebnisse aus kontrastiver Sicht. In Abschnitt 5 ziehen wir ein kurzes Fazit.

2. Theoretischer Rahmen

Während sich sprachliche Analysen in der Pragmatik primär auf den Sprechakt und Implikaturen konzentrieren, hat die Diskurspragmatik den Untersuchungsgegenstand auf Texte (Diskurse) ausgeweitet und die pragmatische Voraussetzung der Intentionalität des kommunikativen Handelns sowie deren konstitutive Bestandteile auf den Text als Ganzes und seiner Spezifizierung als Diskursgenre bezogen (vgl. van Dijk 1980; de Beaugrande & Dressler 1981; Fetzer 2018a). Die Erweiterung des Untersuchungsrahmens hat nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Implikationen für die Konzeptualisierung der Diskurseinheit, die relational zu interpretieren ist. Sie kann sich einerseits als Makroeinheit auf den Text als Ganzes beziehen, der Träger von propositionalem Gehalt und illokutionärer Kraft ist. Andererseits kann sie sich auf eine Mikroeinheit beziehen, d.h. auf die Mikroeinheiten, die den Text als Ganzes konstituieren. Diese einen Text konstituierenden Diskurseinheiten sind nun nicht nur Träger von propositionalem Gehalt und illokutionärer Kraft, sondern auch von kohärenzstiftender textueller Bedeutung. Das heißt aber nicht, dass innerhalb eines Diskurses jede den Diskurs konstituierende Einheit alle drei Bedeutungsaspekte tragen muss.

Anlehnend an die Konzeptualisierung eines kognitiven Prototyps in der kognitiven Semantik mit mehr und weniger prototypischen Varianten ist eine prototypische Diskurseinheit Träger aller drei Bedeutungsaspekte, während weniger prototypische Diskurseinheiten Träger von mindestens zwei Bedeutungsaspekten sein müssen. In der Regel sind dies textuelle Bedeutung und illokutionäre Kraft (vgl. Fetzer 2018b). Der propositionale Gehalt einer Diskurseinheit ist primär semantisch und somit explizit, während die illokutionäre Kraft sowohl explizit als auch implizit realisiert werden kann, was auch für die textuelle Bedeutung gilt. Stark vereinfacht lassen sich zwei Hauptgruppen von Verknüpfungsarten unterscheiden: additive und kontrastive. Additive Verknüpfungen können zum Beispiel durch additive Konnektoren (z.B. *additionally, and, furthermore* oder *zusätzlich dazu, und, des weiteren*) sowie durch weitere kohäsive Mittel – hauptsächlich durch Kontinuität im Rahmen von Tempus, Aspekt, Modalität und kanonischer Syntax sowie durch lexikalische Kohärenz innerhalb der relevanten semantischen Felder – indiziert werden. Bei kontrastiven Verknüpfungen wird die textuelle Bedeutung in der Regel durch kontrastive Konnektoren (z.B. *but, however, whereas* oder *aber, jedoch, während*) und kontrastive kohäsive Mittel – primär durch Diskontinuität bzgl. Tempus, Aspekt, Modalität, nicht-kanonischer Syntax sowie antonymisch lexikalischer Kohärenz innerhalb der relevanten semantischen Felder – indiziert (vgl. Fetzer 2018c; Fetzer & Speyer 2019).

Die Strukturierung von Texten wird durch Genreerwartungen hinsichtlich Inhalt und sequenzieller Organisation beschränkt, die den Text als Ganzes

sowie seine konstituierenden Teile der Diskurseinheiten und deren Verknüpfungen betreffen, wobei es auch hier – wie bei den einen Text konstituierenden Diskurseinheiten – mehr und weniger prototypische Varianten gibt. Texte als Mittel der Kommunikation tragen in sich die Erwartung, kohärent zu sein (vgl. hierzu das *coherence principle* (Mey 2001), d.h. Leser*innen haben die Erwartungshaltung an Texte, dass diese kohärent sind und die von ihnen zu leistende Kohärenzstiftung keine überproportionale kognitive Energie erfordert). Hierbei kommt der Überschrift eine wichtige Funktion zu. Überschriften sind ein konstitutiver Bestandteil des Pressediskurses. Ihr propositionaler Gehalt zeigt, worüber der Text handelt, ihre textuelle Bedeutung, vor allem jedoch die dort enthaltenen Lexeme und die indizierten Bedeutungsbeziehungen sowie deren syntaktische Konfiguration verweisen auf den Presstext, während ihre illokutionäre Rolle zum einen ganz allgemein als auf den Text hinweisende Assertion aufgefasst werden kann: „Dieser Text hat X zum Thema“. Im Sinne eines indirekten Sprechakts können sie zum anderen als Aufforderungen aufgefasst werden, den Text zu lesen. Mit satzförmigen Überschriften können in Abhängigkeit von ihrer syntaktischen Struktur zusätzlich spezifischere Illokutionen zum Ausdruck gebracht werden, z.B. Fragen (*Hat Trump gelogen?*).

Bei wh-Überschriften liegen mit kanonischer und nicht-kanonischer Syntax zwei verschiedene syntaktische Strukturen vor, die je unterschiedliche Effekte auf das entstehende Illokutionspotential erwarten lassen. So indiziert die kanonische wh-Überschrift standardmäßig die Illokution einer Konstituentenfrage. Dagegen wird mit einer nicht-kanonischen wh-Überschrift keine Frage ausgedrückt. Vielmehr kommt diesem Satztyp in seiner spezifischen kontextuellen Umgebung die Illokution einer spezifischen verweisenden Assertion zu (vgl. Weuster 1983; Oppenrieder 1989), die sich mit „Ich sage, dass der folgende Text sagt, wh- ...“ paraphrasieren lässt (vgl. dazu Finkbeiner 2018; Finkbeiner et al. 2021). Beide Typen von wh-Überschriften zeigen je unterschiedliche Illokutionspotentiale an und wecken durch die Wahl der wh-Proformen eine je unterschiedliche Erwartungshaltung in Bezug auf die Struktur des folgenden Textes. Diese Grundannahme, die in H1 und H2 (vgl. Abschnitt 1) operationalisiert ist, soll im Folgenden empirisch untersucht werden.

3. Analysen

Zur Überprüfung der Hypothesen H1 und H2 wurden quantitative und qualitative Studien an deutschen und britischen Presstexten durchgeführt. In Abschnitt 3.1 stellen wir die Ergebnisse der quantitativen Studien vor, in

Abschnitt 3.2 die Detailanalysen von Texten aus den Politikressorts der britischen und deutschen Presse.

3.1 *Quantitative Analyse*

Um Aufschluss über die Häufigkeit der Verwendung von wh-Überschriften mit kanonischer und nicht-kanonischer Syntax sowie über die Distribution von wh-Proformen zu gewinnen, wurden je zwei deutsche und zwei englische überregionale Tageszeitungen über einen Zeitraum von zwei Wochen (ohne Wochenendausgaben) auf das Vorkommen von kanonischen und nicht-kanonischen wh-Überschriften hin untersucht.² Für das Deutsche wurden die eher liberale *Frankfurter Rundschau* (FR) und die eher konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) ausgewertet, für das Englische der eher liberale *The Guardian* (TG) sowie die eher konservative *The Times* (TT).

Tab. 1 zeigt die Gesamtergebnisse der Recherche. In der britischen und deutschen Presse sind wh-Überschriften mit nicht-kanonischer Syntax deutlich häufiger als solche mit kanonischer Syntax. Dies gilt jedoch nicht für TG.

Tab. 1: Anzahl wh-Überschriften in FR/FAZ sowie TG/TT (14-Tage-Recherche, gesamte Ausgaben)

	FR	FAZ	Gesamt	TG	TT	Gesamt
nicht-kanonisch	11	32	43	17	27	44
kanonisch	3	20	23	18	7	25

Tab. 2 zeigt die Verteilung der wh-Proformen auf nicht-kanonische und kanonische wh-Überschriften in der deutschen und britischen Presse. Die häufigsten wh-Proformen sind in den deutschen und englischen nicht-kanonischen wh-Überschriften WIE (26)/HOW (25) und in den kanonischen wh-Überschriften WAS (9)/WHAT (10).

2 Die *Frankfurter Rundschau* wurde für den Zeitraum 10.–23.01.2020, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* für den Zeitraum 06.–17.01.2020, *The Guardian* und *The Times* für den Zeitraum 07.–20.08.2020 ausgewertet.

Tab. 2: Anzahl und Verteilung von wh-Proformen aus FR/FAZ sowie TG/-TT (14-Tage-Recherche)

	nicht-kanonisch	kanonisch		nicht-kanonisch	kanonisch
wie	26	4	how	25	4
warum	10	4	why	15	4
was	5	9	what	3	10
wo	1	1	where	1	2
wann	0	1	when	0	0
wer	1	2	who	0	5
welch-	0	2	which	0	0
Gesamt	43	23	Gesamt	44	25

Insgesamt zeigen sich somit große Ähnlichkeiten in Bezug auf die Distribution der wh-Überschriften mit kanonischer und nicht-kanonischer Syntax wie auch in Bezug auf die Distribution der verschiedenen wh-Proformen. Wir kommen darauf in Abschnitt 4 zurück.

3.2 Qualitative Analysen

Für die qualitativen Studien wurden je sechs Texte der britischen und der deutschen Presse auf ihre Textstruktur untersucht. Bei der Auswahl haben wir uns auf Texte aus den Politikressorts von TT und TG³ bzw. FR und FAZ⁴ konzentriert, um eine bessere kontrastive Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Dabei wurde zu den drei häufigsten wh-Proformen HOW/WIE, WHY/WARUM und WHAT/WAS je ein Text mit nicht-kanonischer und kanonischer Syntax ausgewählt. Die untersuchten Texte finden sich in den Anhängen 1–2. Zur Überprüfung der Hypothese, dass sich Syntax (kanonisch/nicht-kanonisch) und Wahl der wh-Proform auf die Textstruktur auswirken, wurden textstrukturelle Merkmale auf lokaler und globaler Ebene betrachtet. Dies ist dadurch begründet, dass das Ziel der Validierung der präsupponierten Proposition am effektivsten mit einer klar signalisierten lokalen und globalen Textsequenzierung zu erreichen ist. Lokal berücksichtigen wir textstrukturierende Mittel auf der Ebene der textuellen Bedeutung wie *erstens/first, zweitens/second, außerdem/*

3 Aus dem Zeitraum der Zwei-Wochen-Recherche, August 2020.

4 Alle deutschen Texte entstammen der FAZ, da die FR für den untersuchten Zwei-Wochen-Zeitraum keine wh-Überschriften im Politikressort – nur in anderen Ressorts – aufwies.

additionally, schließlich/finally, global berücksichtigen wir Sequenzierung, Gestaltung von Textanfang und Textschluss, listenartige Elemente (Nummerierungen, Spiegelstriche), die Verwendung von Dach- und Unterzeilen sowie rhetorische Fragen.

3.2.1 Britische Presstexte

HOW

Der Presseartikel mit der nicht-kanonischen wh-Überschrift *How councils were sidelined in favour of outsourcing firms as virus slipped out of control* (TG 12.08.2020) hat die präsupponierte Proposition „councils were sidelined in favour of outsourcing firms“ zum Thema und durchleuchtet die kontextuellen Voraussetzungen des ‚outsourcing‘ sowie die Art und Weise, wie Gemeinderäte kaltgestellt wurden. Gleichzeitig dazu liefert der in der Überschrift enthaltende Nebensatz aufgrund der Polyvalenz der Konjunktion „as“ nicht nur den temporalen Rahmen „when virus slipped out of control“, sondern es wird auch – in Anlehnung an Levinson „when events are conjoined, they tend to be read as temporally successive, and, if at all possible, as causally connected“ (Levinson 2000: 122) – eine kausale Verknüpfung der Ereignisse impliziert. Ersteres zeigt sich in der chronologisch sequenzierten Textstrukturierung, die stark narrativ orientiert ist und den temporalen Rahmen markiert (*over five months since lockdown, initial phase, but now, last week, etc.*) sowie in der Lexis (*saga, tale, central story, key actors, etc.*). Die temporale Verknüpfung der relevanten Voraussetzungen kommt einer implizierten Listung von Argumenten gleich, die die Schlüsselereignisse des Kontrollverlusts aufzeigen. Dies wird argumentativ unterstützt durch Expertenzitate und argumentative Konnektoren (*but, nevertheless, however*), die mit temporalen kookkurieren (*but now, belatedly however*). Im Schlussteil werden zwei kanonische Fragen gestellt, die faktenbezogen beantwortet werden. Das zentrale Anliegen des Textes ist nicht eine Antwort auf die in der Überschrift erhobene Frage, sondern die Erörterung deren kontextueller Gegebenheiten und somit eine Validierung der dort präsupponierten Proposition.

Die kanonische wh-Überschrift *National Theatre to reopen with a play that asks: „How British am I as a black man?“* (TG 14.08.2020) gibt in ihrem ersten Teil den kontextuellen Rahmen vor: das Nationale Theater und ein dort inszeniertes Theaterstück, und erweckt durch die kanonische wh-Frage – wie britisch bin ich als schwarzer Mann – die Erwartungshaltung, dass der Text eine Antwort auf diese Frage liefert. Die wh-Frage ist das Leitmotiv des Presseartikels und wird im Text konkret durch ein Zitat eines weißen Protagonisten beantwortet, der mit seinen schwarzen Kollegen alle Eigenschaften – bis auf die Hautfarbe – teilt: „You may act like us and talk like us, but you will never be one of us“. Diese fiktive Antwort wird durch Alltagserfahrungen des

schwarzen Schauspielers untermauert. Im Hauptteil wird die wh-Frage ein weiteres Mal wort-wörtlich wiederholt und aus der Perspektive des Schauspielers beantwortet. Der Schlussteil geht über den Einzelfall des Nationalen Theaters hinaus und verdeutlicht die gesellschaftspolitischen Probleme des Kulturbetriebs. Das zentrale Anliegen des Textes ist somit eine Erörterung und Beantwortung der in der Überschrift erhobenen wh-Frage.

WHY

Der Presseartikel mit der Dachzeile *Wishful thinking* (TG 08.08.2020) setzt den Rahmen für die nicht-kanonische wh-Unterüberschrift *Why over-optimism and hype surrounds alleged breakthroughs*, die mit der kausalen Proform „why“ eingeleitet wird und durch die präsupponierte Proposition „over-optimism and hype surrounds alleged breakthroughs“ spezifiziert wird. Als textstrukturierende Mittel finden sich argumentative Konnektoren, die eine Argumentationskette implizieren (*not yet, yet, but the reality, not least because, and, also*). Ferner finden sich im Text eine elliptische und eine kanonische why-Frage, die beide fakten-orientiert erörtert werden. In der Einleitung werden die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen expliziert und das Fehlen relevanter Hintergrundinformationen moniert. Im Hauptteil werden diese weiter ausgeführt und mit Zitaten aus Politik und Forschung untermauert, welche die Schlüsselbegriffe der Überschrift wiederaufgreifen. Im Schlussteil wird die präsupponierte Proposition der wh-Überschrift weiter generalisiert und in einen allgemeinen gesellschaftlichen Kontext gesetzt. Wie auch bei der nicht-kanonischen how-Frage ist das zentrale Anliegen des Textes eine Erörterung der kontextuellen Gegebenheiten der nicht-kanonischen wh-Überschrift und eine Validierung der präsupponierten Proposition.

Der Presstext mit der Überschrift *Why are voters not turning to Labour as the economy stalls?* (TG 07.08.2020) weist kanonische interrogative Syntax mit einer why-Proform auf. Präsupponiert in der Überschrift ist die negierte Proposition ‚voters are not turning to Labour‘. Wie auch bei der Analyse der nicht-kanonischen how-Überschrift wird der Nebensatz mit der polyvalenten Konjunktion ‚as‘ eingeleitet, was eine temporal- und kausal-basierte Argumentation erwarten lässt. Diese wird durch eine chronologische Aufzählung von Fakten zu Entlassungen (*on Monday/Tuesday/Wednesday*) sowie durch Hintergrundinformationen untermauert. Die inhärente Kausalität des Konnektors ‚as‘ wird im Text durch zwei weitere why-Fragen mit kanonischer Syntax, die auf die Überschrift referieren und diese spezifizieren, intensiviert. Beide werden ebenfalls fakten-orientiert erörtert, was durch metadiskursive Mittel (u.a. *one explanation is, another explanation, linked to the first, is*) signalisiert wird. Der Schlussteil beinhaltet einen Lösungsvorschlag für die negierte Frage der wh-Überschrift, deren Validität im Text durchweg vorausgesetzt wird.

WHAT

Der Presstext mit der wh-Überschrift *What reforms mean and how they will work* (TT 07.08.2020) zeichnet sich aus durch eine doppelte nicht-kanonische Syntax mit jeweils einer what- und how-Proform und jeweils einer präsupponierten Proposition: ‚reforms mean something‘ und ‚reforms work in particular manner‘. Der Presstext ist klar strukturiert. Nach einer kurzen Einleitung folgt eine Liste mit Fallüberschriften (*zoning, affordable housing, local plans, releasing land, etc.*), die alle Unterthemen des Makrothemas Bau-boom sind, das zusätzlich durch die Funktion der Autorin als *Property Editor* indiziert wird, und deren Bedeutung für das Makrothema klar präsentiert wird. Bei der nicht-kanonischen wh-Überschrift ist – wie auch bei den nicht-kanonischen how- und why-Fragen – das zentrale Anliegen des Textes eine Erörterung der Fakten (what) bzw. der kontextuellen Gegebenheiten (how) und somit eine Validierung der präsupponierten Propositionen. Diese werden durch die Fallüberschriften und deren konkrete Erörterungen weiter validiert.

Die Dachzeile *Exams across Europe* setzt den Rahmen für die kanonische wh-Unterüberschrift *What did others do?* (TG 17.08.2020). Der Text liefert eine Antwort auf die konkrete Frage und vergleicht die britische Situation mit der deutschen, französischen und niederländischen. Gleichzeitig dazu bietet der Presseartikel mögliche Lösungen für Durchführung und Bewertung von Abschlussprüfungen an.

3.2.2 Deutsche Presstexte

WIE

Die nicht-kanonische wh-Überschrift *Wie sich Nordstream 2 verhindern lässt* (FAZ 15.09.2020) präsupponiert die Proposition ‚Nordstream 2 lässt sich verhindern‘ und weckt – indiziert durch die Proform WIE – die Erwartungshaltung, dass der Artikel die Art und Weise erörtert, wie Nordstream 2 verhindert werden kann, um so die Präsupposition zu validieren. Die Unterüberschrift *Die rechtlichen Instrumente zum Stopp der russischen Erdgasleitung* bestätigt diese Erwartung, indem sie das Topik weiter auf rechtliche Instrumente eingrenzt, die die Verhinderung der Gaspipeline ermöglichen könnten. Der Artikel löst die genannte Erwartung additiv in Form einer Erörterung von drei verschiedenen rechtlichen Instrumenten ein, die von drei verschiedenen politischen Vertreter*innen in die Diskussion eingebracht wurden. Im Folgenden wird der Reihe nach auf diese drei Vertreter*innen mit ihren Vorschlägen eingegangen. Die Abarbeitung der drei Punkte wird diskursstrukturell markiert durch Marker wie *es gibt aber noch eine weitere Rechtsgrundlage* oder *es gibt aber noch einen weiteren Weg*. Insgesamt wird so die Präsupposition validiert und die Erwartung eingelöst.

Die kanonische wh-Überschrift *Wie entsteht Wissenschaftsskepsis?* (FAZ 09.02.2021) fragt nach den Hintergründen und Zusammenhängen, die zu Wissenschaftsskepsis führen, und weckt die Erwartung, dass der Presstext die Frage beantworten wird, indem er diese Hintergründe und Zusammenhänge – das WIE – erläutert. Die Unterüberschrift *Eine Studie zeigt die Langzeitwirkung von Epidemien auf das Vertrauen in die Forschung* setzt den Rahmen „Expertenwissen“ und grenzt das Thema ein, wobei bereits eine Teilantwort gegeben wird: Wissenschaftsskepsis ist eine Langzeitfolge von Epidemien. Zugleich erhält die Frage *Wie entsteht Wissenschaftsskepsis?* durch diese Unterüberschrift eine zweite Lesart als Forschungsfrage der genannten Studie. Der Artikel weist in den ersten drei Abschnitten eine explizite Frage-Antwort-Sequenzierung auf, durch die er sich an das Thema „Warum sinkt das Vertrauen in die Wissenschaft ausgerechnet infolge einer Epidemie“ (Absatz 3) annähert. Der letzte Absatz formuliert eine mögliche Antwort: „Es ist also vorstellbar, dass auch diese Pandemie, [. . .] zumindest bei Teilen der Gesellschaft ein nachhaltiges Misstrauen in die Wissenschaft hervorrufen wird“.

WARUM

Die nicht-kanonische wh-Überschrift *Warum auch ein Freihandelsabkommen mit London scheitern könnte* (FAZ 24.10.2019) präsupponiert die Proposition ‚auch ein Freihandelsabkommen mit London könnte scheitern‘, wobei durch ‚auch‘ zusätzlich präsupponiert wird, dass noch etwas anderes scheitern könnte, was sich vor dem geteilten Wissenshintergrund von Autor und Leserin – sowie der folgenden Unterüberschrift – als der Austrittsvertrag zwischen der EU und GB (= der Brexit ‚mit Deal‘) festlegen lässt. Die Überschrift weckt durch WARUM die Erwartung, dass der Text die Gründe für das potentielle Scheitern des Freihandelsabkommen erörtern und dadurch die Präsupposition validieren wird. Die Unterüberschrift *Auch wenn ein Austrittsvertrag zwischen der EU und Großbritannien in Kraft treten sollte, bleibt ein No-Deal-Brexit noch lange möglich* validiert die durch ‚auch‘ ausgelöste Präsupposition, indem ein Zusammenhang zum Austrittsvertrag hergestellt wird. Im Text wird dieser Zusammenhang erläutert. Die Schwierigkeiten, die sich im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen stellen, werden nacheinander abgearbeitet, wobei die einzelnen Punkte listenförmig durch Marker wie *hinzu kommt, auch, ebenfalls* sichtbar gemacht werden. Am Ende wird die Präsupposition explizit aufgegriffen und als gefestigt präsentiert: „Es [das Freihandelsabkommen] könnte schlicht scheitern. Die Folge wäre dann doch noch ein No-Deal-Brexit.“

Die kanonische wh-Überschrift *Warum hat Trump Soleimani gerade jetzt töten lassen?* (FAZ 06.01.2020) fragt, indiziert durch WARUM, nach den Gründen für Trumps Handeln und die Wahl des Zeitpunkts dafür („gerade

jetzt“) und weckt die Erwartung, dass der Text diese Frage thematisiert. Die Präsupposition ‚Trump hat Soleimani töten lassen‘ ist unkontrovers und nicht im Zentrum. Die Unterüberschrift *Demokraten wütend* stellt die Frage in den größeren Kontext eines Konflikts mit dem Repräsentantenhaus. Zugleich entsteht hier eine Lesart, wonach sich die Demokraten die in der Überschrift genannte Frage stellen. Der Text zeichnet zunächst narrativ nach (Präteritum Indikativ, z.B. *Nach dem Raketenangriff verzichtete Trump zunächst . . . legte nach. , verbreitete . . .*), „wie es [. . .] zum Befehl Donald Trumps kam“, und gibt dadurch eine (Teil-)Antwort auf die Frage. Dabei steht weniger eine Erörterung von objektiven Gründen für die Entscheidung als die narrative Darstellung des Hergangs im Vordergrund. Der Text endet mit einem Ausblick auf anstehende Schritte im laufenden Amtsenthebungsverfahren, vor dessen Hintergrund die Tötung zu sehen ist.

WAS

Die nicht-kanonische wh-Überschrift *Was „Schlichtung“ im Atomstreit bedeutet* (FAZ 15.01.2020) weckt die Erwartung, dass der Text die Bedeutung des Schlichtungsmechanismus im Atomabkommen erläutert, also etwas zu der faktischen Wirkung dieses Instruments sagt. Die Präsupposition – ‚Schlichtung im Atomstreit bedeutet etwas‘ – ist hier unkontrovers und nicht im Zentrum. In der Dachzeile *Stumpfes Schwert* wird bereits die Bewertung vorweggenommen, dass das Instrument „Schlichtung“ wenig wirksam ist. Diese bewertende Komponente wird durch die Anführungszeichen bei „Schlichtung“ verstärkt, die eine distanzierende Haltung des Autors indizieren. Der Text berichtet zunächst über die erfolgte Auslösung des Schlichtungsmechanismus durch die europäischen Garantiemächte und geht dann auf die Wirkungsweise dieses Mechanismus ein, der auf unterschiedlichen politischen Ebenen durchgesetzt werden kann. Drei Szenarien werden der Reihe nach erläutert, wobei V1-Konditionalsätze potentielle Schritte markieren (*Besteht der Konflikt fort. ; Bleibt dies ebenfalls erfolglos. . .*). Die „Drohkulisse“ UN-Sicherheitsrat wird am Ende jedoch als unwirksam dargestellt. Somit werden die durch Dachzeile und Unterüberschrift geweckten Erwartungen bezüglich einer kritischen Bewertung eingelöst.

Die kanonische wh-Überschrift *Was darf der BND?* (FAZ 15.01.2020) fragt nach den Befugnissen des BND und weckt die Erwartung, dass der Text Antworten auf diese – strittige – Frage diskutieren wird. Die komplexe Unterüberschrift *Die Verfassungsrichter müssen darüber befinden, wen der Nachrichtendienst im Ausland überwachen darf. Die Regierung pocht auf ihre Sicherheitsinteressen* markiert die Frage der Überschrift zugleich als Frage, die vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wird, und deutet ihr Konfliktpotential an. Der Text weist im ersten Teil eine dialogische Frage-Antwort-Sequenzierung auf und rollt so die Hintergründe des Verfahrens auf – worum geht es, wer hat aus welchen Gründen geklagt, wer vertritt welche

Gegenposition. Es kommen verschiedene Interessensvertreter und Experten zu Wort, die Position der Verfassungsrichter wird ebenfalls skizziert. Im letzten Absatz wird über ein mögliches zu erwartendes Urteil des Verfassungsgerichts spekuliert, das darin bestehen könnte, dass dem BND strengere Auflagen in Bezug auf die „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ erteilt werden.

4. Kontrastiver Vergleich der Ergebnisse

In Bezug auf die Frequenz und Distribution von wh-Überschriften (vgl. Abschnitt 3.1) zeigt sich in den britischen und deutschen Presstexten dieselbe klare Tendenz: Nicht-kanonische wh-Überschriften sind – mit Ausnahme des TG-Datensets – deutlich häufiger. Dieser Unterschied fällt innerhalb der FR und der TT besonders stark aus, wo sich je ca. viermal so viele nicht-kanonische wie kanonische wh-Überschriften finden. Die Analysen zur Textstruktur legen nahe, dass der distributionelle Unterschied funktional begründet werden kann. Kanonische wh-Überschriften scheinen insgesamt ein eingeschränkteres Verwendungspotential im Pressediskurs aufzuweisen: Sie bieten sich v.a. zur (quotativen) Kontextualisierung von Experten- oder Betroffenenfragen an, während nicht-fragende wh-Überschriften mit einem breiteren Spektrum an Texten verträglich sind.

Auch die Distribution der wh-Proformen stellt sich in beiden Datensätzen ähnlich dar. Während bei den nicht-kanonischen wh-Überschriften die Äquivalente HOW/WIE am deutlich häufigsten sind, sind es bei den kanonischen WHAT/WAS. Letzteres unterstützt unsere Annahme, dass kanonische wh-Überschriften Texte indizieren, die auf die Thematisierung der wh-Frage abzielen und insofern eher topikalisch sind. Dagegen passen WIE/HOW gut zu nicht-kanonischen wh-Überschriften, insofern sie die dort präsupponierte Proposition zum Thema machen und deren kontextuelle Voraussetzungen und Gelingensbedingungen erörtern.

Kontrastive Unterschiede zeigen sich bei den nicht-kanonischen wh-Überschriften mit WHY/WARUM. WHY ist in der britischen Presse vergleichsweise deutlich häufiger als WARUM in der deutschen Presse. Dies könnte darauf hindeuten, dass im britischen Pressediskurs die einzelnen Argumentationsschritte aufgezeigt und eher prozessorientiert argumentiert wird, während im deutschen Pressediskurs eher eine Tendenz zu fakten- bzw. produktorientiertem Argumentieren besteht.

In Bezug auf Unterschiede in der Textstruktur (vgl. Abschnitt 3.2) zeigen sich ebenfalls große Ähnlichkeiten, aber auch gewisse sprachspezifische Unterschiede. Auf der Ebene des propositionalen Gehalts und der Illokution

zeigt sich in beiden Datensätzen ein syntaktisch induzierter Unterschied in Bezug auf die Rolle der Präsupposition. Bei Texten mit nicht-kanonischer wh-Überschrift wird in der Regel die präsupponierte Proposition thematisiert und im Text validiert. In Abhängigkeit von der Wahl der wh-Proform richtet sich diese Erwartung auf die Art und Weise (WIE/HOW) der Erfüllung oder die Gründe (WARUM/WHY) für das Eintreten des präsupponierten Sachverhalts. Die Präsupposition wird im Text oft durch eine Erörterung einzelner, indexikalisch auf die wh-Proform bezogener Aspekte validiert, die additiv oder in Form von expliziten oder impliziten Listen abgearbeitet werden (s. die Analysen zu HOW, WHY, WHAT, WIE und WARUM). Es ist zu beobachten, dass die Präsupposition z.T. an markierten Textpositionen wie dem letzten Absatz des Textes noch einmal bekräftigt wird. Nicht-kanonische wh-Überschriften mit WAS/WHAT verhalten sich in beiden Sprachen bezüglich der Präsupposition dagegen anders. Aufgrund der Topikalität von WAS/WHAT ist die Präsupposition hier nicht kontrovers und steht daher nicht im Vordergrund.

Bei Texten mit kanonischer wh-Überschrift spielt die Präsupposition dagegen keine zentrale Rolle (vgl. aber die Analyse zu WHY). Im Vordergrund steht in beiden Datensets die syntaktisch induzierte Frage-Illokution, die die Erwartung auslöst, dass der Text die gestellte Frage erörtern wird. Interessant ist, dass diese Frage sowohl in der deutschen (s. Analysen für WIE und WAS) als auch in der britischen Presse (s. Analysen für WHY und HOW) oft als Expertenfrage kontextualisiert wird. D.h. die Autorin des Textes thematisiert die Frage, präsentiert diese jedoch als Zitat mit der Quelle ‚Expertin‘. Die Frage-*Thematisierung* ist somit als diskursive Strategie zu verstehen, einem Textthema Salienz zuzuschreiben und es in „kognitiv herausfordernd“ Form zu präsentieren. Die Frage-Orientierung bei kanonischen wh-Überschriften zeigt sich in den Texten auch z.T. daran, dass diese in Form von expliziten Frage-Antwort-Sequenzierungen strukturiert sind (s. Analysen zu WHY, WIE und WAS), wobei häufig verschiedene Expertenmeinungen gegenübergestellt werden.

Auf der Ebene der textuellen Bedeutung zeigen sich im kontrastiven Vergleich Ähnlichkeiten in Bezug auf die Rolle der verschiedenen wh-Proformen. Die Äquivalente WIE/HOW, WARUM/WHY und WAS/WHAT machen aufgrund ihrer Bedeutung je unterschiedliche Spezifizierungen im Text erwartbar. Kohäsion entsteht bei den nicht-kanonischen wh-Überschriften dadurch, dass im Text einzelne Diskursreferenten (z.B. Möglichkeiten, Gründe, Argumente), auf die die wh-Proform referiert, diskursiv erörtert werden. Bei den kanonischen wh-Überschriften entsteht Kohäsion dagegen eher über die Rekurrenz der gesamten Überschrift bzw. von Teilen der Überschrift (vgl. die Analyse zu HOW). Ferner finden sich in den englischen und deutschen Texten häufig kohäsive Mittel, die die Hierarchisierung der Argumente anzeigen,

dadurch die von den Textproduzent*innen intendierte Bedeutung signalisieren und die Rezipient*innen bei der Konstruktion von Diskurskohärenz unterstützen.

Ein interessantes Ergebnis ist, dass sich je nach Proform die syntaktisch induzierten Unterschiede in der Textstruktur mehr oder weniger deutlich zeigen können. Hier zeigen sich auch gewisse kontrastive Unterschiede. So treten die textstrukturellen Unterschiede – insbesondere Validierung der Präsupposition vs. Erörterung der Frage, Listenform vs. Frage-Antwort-Sequenzierung – bei den verschiedenen Proformen in den deutschen Presstexten durchweg deutlich hervor. In den britischen Texten treten die textstrukturellen Unterschiede dagegen bei HOW und WHAT stärker hervor als bei WHY. Dies könnte dadurch bedingt sein, dass die Präsupposition bei WHY auch in der kanonischen wh-Überschrift im Englischen relativ prominent ist.

5. Schluss

Die Sprechakttheorie ist nicht nur für die Analyse von Sprechakten in der gesprochenen Sprache von großer Bedeutung, sie kann auch für die Untersuchung von geschriebener Sprache, wenn auch mit kontextspezifischen Modifikationen, herangezogen werden. Dabei ist eine explizite Berücksichtigung von Kontext insofern unerlässlich, als dieser als linguistischer Kontext (oder Kotext) in die Analyse mit einbezogen werden muss. Ferner kommen dem sozialen Kontext, primär jedoch dem Diskursgenre eine wichtige Funktion zu. Für unsere Untersuchung von wh-Überschriften im Printmediendiskurs heißt das konkret, dass zwischen der Überschrift als polyvalentem Metasprechakt mit der generellen Überschriften-Illokution ‚Dieser Text hat X zum Thema‘ und der Aufforderung, den Text zu lesen, und einer Spezifizierung bezüglich der wh-Überschriften-Illokution je nach kanonischer und nicht-kanonischer Syntax zu differenzieren ist. Der kanonischen bzw. nicht-kanonischen wh-Überschriftensyntax kommt in diesem speziellen Kontext die Funktion eines *illocutionary force indicating device* zur Indizierung einer diskurspezifischen Erwartungshaltung für unterschiedlich strukturierte Presstexte zu: die kanonische wh-Syntax indiziert die Erörterung der durch die Überschrift zum Ausdruck gebrachten Frage im Rahmen der Semantik und Pragmatik der wh-Proform, während die nicht-kanonische wh-Syntax die in der Überschrift enthaltene Präsupposition zum Thema des Presstextes macht und dieses durch die Explizierung der kontextuellen Gegebenheiten argumentativ durchleuchtet.

Im Rahmen der kontrastiven Pragmatik zeigt sich, dass die kanonische und die nicht-kanonische interrogative Syntax bei wh-Überschriften in deutschen

und englischen Presseartikeln des Ressorts ‚Politik‘ die gleiche Funktion hinsichtlich der Indizierung einer Erwartungshaltung für zwei unterschiedlich strukturierte Presstexte erfüllen. Einzelsprachspezifische Unterschiede gibt es jedoch bei gewissen Präferenzen für die Wahl der wh-Proformen bei einer kanonischen bzw. nicht-kanonischen syntaktischen Realisierung sowie bei der Stärke der Ausprägung der textstrukturellen Unterschiede in Abhängigkeit von der gewählten wh-Proform.

Eine diskursbasierte Analyse von kanonischer und nicht-kanonischer interrogativer wh-Syntax in einer spezifischen diskursiven Funktion – Überschrift eines Presstextes aus dem Ressort ‚Politik‘ – zeigt die Relevanz der Schnittstelle Syntax-Pragmatik-Diskurs. Hierbei sind die Überschriften nicht nur allgemein als Themenhinweise zu sehen, sondern sie erwecken durch spezifische syntaktische Konfigurationen unterschiedliche Erwartungshaltungen bzgl. Struktur und Inhalt des Presstextes. Die hier verfolgte kontrastive Perspektive kann dabei die für eine Einzelsprache aufgezeigten Beziehungen zwischen diesen Beschreibungsebenen auf ein breiteres empirisches Fundament stellen und offenbart zugleich spezifische Unterschiede, die im Kontext unterschiedlicher diskursiver Traditionen in den verschiedenen Sprachen zu erfassen sind.

Anhang 1: Britische Presstexte

HOW

The Guardian, 12.08.2020, News, S. 10

Analysis

John Harris

How councils were sidelined in favour of outsourcing firms as virus slipped out of control

The saga of the attempts to set up an English test and trace system is perhaps the central story of the government’s Covid-19 failure.

At the heart of the tale is a prime minister who promised that NHS test and trace would be a „world-beating“ operation. Next to him sits Matt Hancock, the health minister, whose record is now indelibly associated with the smartphone app that was meant to be integral to controlling the virus, but has yet to materialise. Other key actors include Serco, the multinational outsourcing company, that at a cost of £ 108m, was recently put in charge of recruiting and training thousands of call centre workers to contact infected people and ensure that anyone they had been close to went into self-isolation.

Over the five months since lockdown began, one other set of voices has been central to the drama: local authorities, whose 140-odd directors of public

health are expert in disease control and contact tracing, and whose councillor, officials and staff are forensically familiar with the areas they serve. During the outbreak's initial phase many of these people complained of being cut out of decision-making about the pandemic, and deprived of resources and the all-important data that would allow them to get on top of local outbreaks.

According to Sir Chris Ham, a life-long NHS insider, the basic insight either ignored or misunderstood by the government was plain. "Contact tracing has to be led locally by people who work in the communities that are affected and understand them," he says. "They're part-detectives, part-anthropologists: they work with leader in faith groups, in community organisations, and public services, to understand why there are more cases in a particular area, and how to work with everyone to contain and reduce the challenges. You can't do that sitting in a remote call centre."

But now, with the reopening of schools in England less than a month away, everything is to change. From 24 August, national trained call-centre staff will be "ringfenced" into individual teams to linked to specific councils, and the national test and trace effort will take a new "integrated" and "localised" approach.

This shift follows the arrival of local measures aimed at controlling Covid-19 flare-ups in Leicester and Greater Manchester – and the trailblazing creation of dedicated local test-and-trace operations in Blackburn in Lancashire, Calderdale in West Yorkshire, and Liverpool. Last week, figures were published showing that whereas call-centre or online workers managed to trace 56 % of people's contacts, the figure was 98 % among local health protection teams.

For those of us who have been following this story, disentangling the confounding mess that was hastily built to administer testing and tracing has been an onerous task. If the tale has a single point of origin, it was the abandonment of initial efforts on 12 March, and the outbreak therefore being allowed to slip free of any meaningful monitoring or official control. When the government then resolved to begin mass testing, the network of regional testing centres was outsourced to yet another private company, Deloitte.

Serco was joined at the heart of the national contact-tracing system by the US "customer services" giant Sitel. Local director of public health, meanwhile, complained that they were unsure of their relationship with these players, and had woefully insufficient access to detailed data showing people's age, address and ethnic origin, all vital to local control of the pandemic.

Andy Burnham, the mayor of Greater Manchester, said people had ended up being "like local detectives when being asked to solve crimes without being given the names of any of the victims or suspects."

Belatedly, however, the basic orientation to the test and trace system had begun to change. In mid-May, NHS test and trace had announced the

recruitment as a “national lead on tracing” of Tom Riordan, a respected figure in local government. Insiders say that as he worked with Dido Harding, the Tory peer who is now the executive chair of the test and trace operation, its workings at least began to tilt in a more localised direction.

Nonetheless, change has taken months to materialise. On 1 July, it was announced that councils were to be offered the post-code level infection data that they had been frantically requesting for months. Two weeks later, the government said that councils would be granted powers to close its sites and premises hit by coronavirus outbreaks – and on 6 August, their access to information about local Covid-19 levels was enhanced to “near-real-time data”.

If these things suggest palpable improvement, big questions remain. Concerns continue to be expressed about the number of test-and-trace workers councils are able to call on. What will the role of outsourcing companies be, and how much will it cost?

There is also concern about base politics. With signs of a second wave, councils’ expertise will be essential to control the virus. But if England’s woe-ful experience of Covid-19 takes another turn for the worse, putting councils at core of how the disease is dealt with may also allow Boris Johnson and his colleagues to slip free of blame – something that must have flitted across the collective mind of this most calculating of governments.

HOW

The Guardian, 14.08.2020, News, S. 3

National Theatre to reopen with a play that asks: “How British am I as a black man?”

Chris Wiegand

The National Theatre in London is to welcome back audiences for the first time since March with a new play whose main character asks himself: “How British am I as a black man?”

Written by Roy Williams and Clint Dyer, it is a sequel to *Death of England*, a monologue about football and national identity, which was a hit earlier this year at the Dorfman theatre before the NT shut its doors because of the coronavirus crisis.

Death of England: Delroy is another monologue and will be directed by Dyer and staged for a physically distanced audience in the larger Olivier theatre. It will be performed by Giles Terera, who won an Olivier award for playing Aaron Burr in the musical *Hamilton*.

Described as explosive and timely by the NT’s artistic director, Rufus Norris, the new play has been work-shopped this week at the South Bank venue. The NT has not yet confirmed a date for the production but hopes to stage it “as soon as possible” once physically distanced indoor performances

are permitted in England. There are plans to make the play available digitally if live performances cannot resume as soon as hoped.

Delroy is referred to in *Death of England* as the best friend of a white working-class man, Michael (played by Rafe Spall). “You may act like us and talk like us, but you will never be one of us,” Michael tells Delroy.

Williams said he had “been made to feel like that at various instances in my life”, as had Dyer. “It scarred me to a certain degree,” said Williams. “I use ways to channel that and become the person I am – and Clint likewise.”

Michael’s comments are “ringing in Delroy’s ears” at the start of the new monologue, which has a similar mix of rage and humour to its predecessor and is set in lockdown London in 2020.

“Delroy’s asking himself: ‘How British am I as a black man?’ He’s done it by the book, he’s done everything right: he’s paid his taxes, he’s got a responsible job. He just feels: why is this happening to me?” said Williams.

Death of England started out as a short drama commissioned by the Guardian and the Royal Court theatre for a series of filmed “microplays” in 2014. The project brought together journalists, playwrights and directors to respond to issues across key areas of the Guardian’s coverage, such as politics, education and sport.

Dyer and Williams met the Guardian sports writer Barney Ronay and decided to explore issues around ethnicity and national identity in football.

Dyer, who directed the 2014 film, said at the time that being black and British gave him and Williams a perspective as “both outsider and insider“. This, said Williams, “is the war Delroy is having with himself – am I an insider or an outsider? Particularly dealing with Michael’s family. He has a relationship with Michael’s sister, Carly.“

Dyer and Williams had already begun working together on the new play before lockdown and the resurgence of Black Lives Matters protests after the killing of George Floyd.

“We were overridden by events as we were writing,” said Williams. The pair fine-tuned each other’s sections of the script over email in a collaboration Williams called a joyful experience.

“I’m glad we felt that way because it’s a serious thing we’re writing but you’ve got to have a bit of fun doing it.”

Williams said he had felt a sense of relief that they were able to complete the run of *Death of England* before theatres around the UK were closed, but that he had been “gutted” for those whose plays were in dress rehearsals in March. He has also found passing shuttered theatres heartbreaking.

When venues do reopen, they cannot “carry on where we left off”, he said. Commissioning processes must change. “I really want theatre to accept the fact that there are new voices everywhere now. I want theatre to grab those voices and put them on,” he said.

The NT is midway through a redundancy consultation and is letting go its team of 400 casual staff. In an article for the Guardian today, Norris writes that the NT is applying for a loan and, if successful, will be making repayments over the next 20 years.

He believes it is critical that theatres are able to continue to create work for audiences. “For every theatre to remain inactive until the storm passes brings unconscionable risks of its own,” he writes. “We will lose our freelance workforce with its irreplaceable talent and skill; we will lose the progress we have made on diversity.”

Amid what he describes as “the harsh and unavoidable pain of redundancies”, Norris adds: “The decision to at least begin the process of bringing this work to the stage is an important one for the organisation.”

WHY

The Guardian, 08.08.2020, News, S. 9

Wishful Thinking

Why over-optimism and hype surrounds alleged breakthroughs

Dan Sabbagh

The health secretary, Matt Hancock, called them “lifesaving” and “hugely beneficial”: two new coronavirus tests that claim to deliver results within 90 minutes, promoted enthusiastically to the public with the help of newspaper front pages, which declared they would “transform the war” on the coronavirus.

The suppliers are little known, evaluation data is not yet available, and it is unclear how effective the tests are outside hospital settings, not least because taking blood or swabs is difficult for non-medics.

But it is an infectious optimism that is hard to shake: during the dismal and downright frightening fallout of the Covid-19 pandemic, upbeat scientific or medical claims have been made by politicians and taken up the media, few of which have been borne out to the degree or timeline originally mooted.

There may be moments when hype is justified, but the reality, say experts, is that the crisis constitutes a long hard slog in which ordering people to stay indoors and shutting down the economy has had more impact than any medical or technological advance so far.

Some blame politicians for being too eager to leap on positive stories. It was Hancock who claimed a contact tracing app would be ready in mid May for England. “NHS phone app holds key to lifting lockdown” said one Sunday paper. That app is yet to arrive. Then there was the 100,000-a-day test target – briefly met at the end of May. Yet within days the target rose to 200,000, then 500,000 a day. The reality? The UK is processing about 170,000 a day.

But the problem of over-promising and hype flows from the top. Boris Johnson repeatedly promised to bring forward “world class” and “world beating” systems to tackle Covid-19 most notably for testing and contact tracing by the beginning of June, a system so patchy that Blackburn with Darwen council has had to launch its own.

Officials, too, have succumbed. Prof Sharon Peacock, the director of the national infection service at Public Health England, said in March that mass antibody testing would “absolutely” be available within days. Ministers bought 3.5m tests but a fortnight later had to admit they did not work. Why does the reality so often fail to match the promises and breathless PR?

Some scientists bemoan cutback in scientific advice to government over the past decade and a lack of public health specialists among the most senior scientific advisers.

There are also criticisms that the UK has become, in the words of one scientist, “far too disengaged from Europe and globally” and that there remains a lingering sense of British exceptionalism. Jenny Harries, the deputy chief medical officer for England, claimed the UK was “an international exemplar in preparedness”: England recorded the highest excess deaths in Europe.

Low-level nationalism endemic in media coverage as well as politics focuses on British knowhow and developments.

As well as ministers’ desire to emphasise the upside, scientists and researchers are under intense pressure to succeed in research, generate good publicity and win additional funding. The result, says Martin McKee, a professor at the London School of Hygiene and Tropical Medicine, is an increase in “wishful thinking”.

Compounding the problem is the sheer complexity of coronavirus virology. Prof Deenan Pillay, of University College London, warns the usefulness of antibody tests has been misunderstood. “There was this idea that if you tested positive, you were a superman, immune for life, but it turned out to be hype.” It now seems antibodies may drop off significantly within weeks.

Excitement about a vaccine is understandable. “Vaccine for Christmas,” reported the Daily Mail and others. But again Pillay cautions: “We have unrealistic expectations – one or two shots and you are immune. But maybe it will be more like flu, where you need a shot every year, and the vaccine is only 70 % effective.”

Over-optimism is not unique to the pandemic, but it has been brought into sharp relief by the dominance of the story in the news. “There has long been a glorifying and over-emphasising of scientific advances – and it’s increasing. In a way everyone’s to blame, from scientists, politicians, investors (to) the media,” he said.

WHY

The Guardian, 07.08.2020, Journal, S. 1-2

Why are voters not turning to Labour as the economy stalls?

Larry Eliot

On Monday the job axe fell at Hays Travel and DW Sports. On Tuesday it was the turn of Pizza Express and Currys PC World. On Wednesday it was WH Smith and M&Co delivering the grim news. A brutal shake-out of Britain's labour market, caused by the deepest slump in three decades, has begun. Unemployment will carry on rising as companies that have kept staff on thanks to the furlough scheme are now having to make a contribution to their employment costs. Wage subsidies will be history by October, even for those businesses that remain shut. With the benefits bill rising and tax receipts falling, a Conservative party that once accused Gordon Brown of maxing out on the nation's credit card is on course to borrow upwards of £300bn this year, comfortably a peacetime record.

So what, it might be asked, has happened to the notion that "it's the economy, stupid"? If things are so bad, why do opinion polls show that support for the Conservatives is holding up? Why is Labour not streets ahead?

Keir Starmer sketched out the accusations against the government in these pages on Wednesday. Ministers, the Labour leader said, had been too slow into lockdown, too slow on testing and too slow to get personal protective equipment to frontline staff. The government had ignored the warning signs on the economy's dashboard and been too slow to change course to save jobs.

That's a reasonably long charge sheet, which doesn't even include the public outrage over Dominic Cummings deciding that lockdown restrictions were not for him.

Labour's ratings have improved under Starmer, yet despite everything, the average of recent polls suggests the Conservatives have a comfortable lead, which has actually widened since anger at Cummings has faded and the economy has started to open up.

One explanation is that there will be a lag between the economy's arrival at a reality checkpoint and a plunge in approval ratings. Furlough schemes, financial help for the self-employed, mortgage payment and business rates holidays, grants to small businesses, and the deferment of VAT payments have all helped to nullify the pain of an economic shock that wiped 25 % off national output in March and April. Thanks to Rishi Sunak's efforts, Britain has spent the summer comfortably numb, but a long hard winter looms ahead. The political landscape could look a lot different if unemployment reaches 4 million early next year, as is entirely possible.

Another explanation, linked to the first, is that many of the voters who backed Boris Johnson last December think the prime minister is doing his best – through liberal use of economic stimulus, a bigger budget for the NHS

and higher infrastructure spending – to deliver on his manifesto promise to “level up” the country. Last month’s summer statement by the chancellor in which he announced temporary cuts in stamp duty and VAT, and said the Treasury would pay up to £10 a head towards the cost of eating out on certain days in August, may well extend the period when the government gets the benefit of the doubt. The mood will change, though, when Sunak decides – as he eventually will – that the party is over.

These explanations, alluring though they might be, would be more convincing if Labour’s defeat in 2019 was a one-off, but it wasn’t. There have been four elections since the start of 2010 and Labour hasn’t been remotely close to winning any of them. The first defeat was inevitable, given that Labour was in power during what was (until then) the deepest recession of the postwar era; the other three were not. They took place against a backdrop of austerity and stagnant living standards: two things that in the past would have seen governments turfed out.

Yet at the end of a lost decade for the economy, Johnson won an 80-seat majority and Labour had its worst result since 1935. The party has a mountain to climb if it is to avoid losing for a fifth straight time, and it has to start by accepting that it is now a damaged brand. Not everybody thinks so, obviously. Labour has a solid phalanx of devoted supporters who find it baffling that the Conservatives have managed to remain in power, and Starmer has a solid political base in London, the other big English cities and the university towns.

Elsewhere, though, the picture is pretty bleak. Much has been written about the demolition of Labour’s “red wall” in the Midlands and the north of England, but almost as worrying in 2019 was the performance of the party in the marginals of the south-east, places such as Crawley and Stevenage. Outside of London, Labour holds fewer than 20 seats south of a line drawn from the Severn estuary to the Wash.

The rot started to set in many years ago. It was a mistake for Labour to trash its own record when it was in power between 1997 and 2010, because that planted a seed of doubt about the party’s economic competence and allowed the Conservatives to claim that austerity had been forced on them by Brown’s profligacy.

Brexit didn’t help because it exposed the gulf between the better-off, university-educated, white-collar wing of the party and the more socially conservative blue-collar workers in struggling parts of the country. Jeremy Corbyn held the fragile coalition together in 2017, but it all came to a head in last autumn’s disastrous election campaign, in which the party came across as nasty, extreme and spendthrift – never a good combination. The spending promises that were sprayed around – free broadband, for example – merely accentuated a traditional doubt among a good many voters that Labour knew a lot more about how to spend money than how to make it.

The irony is that much of Labour's 2019 offering was sensible and popular. Voters had no problem with the train-operating companies being nationalised, which they have been anyway as a result of Covid-19. They wanted more NHS spending and less austerity, both of which they have got. In this respect, Starmer is better placed than was Neil Kinnock after Labour's last really thumping defeat in 1983. Then, the party was swimming against a strong free-market tide. Today, the drift is towards a bigger state, higher taxes on the wealthy and the need to use activist economic policies to protect jobs. Starmer doesn't need to ditch everything in the 2019 manifesto.

What he does need to do is win back the party's reputation for competence. Voters might well accept Starmer's case that the government is making a hash of things, but that's not enough. He also has to convince them that life would not be even worse under Labour.

WHAT

The Times, 07.08.2020, News, S. 7

What reforms mean and how they will work

Melissa York, Assistant Property Editor

The proposals intended to start a construction boom are the biggest change to the planning system for 70 years. Among them are new housing requirements on local councils, a simplified testing system for developers and more modern, accessible public consultation.

ZONING

Land will be split into three categories.

On growth land, developments will get permission in principle if they accord with the local plan. Greenbelt land will be in the protected category, along with sites of „rich heritage“. Renewal is a middle ground on which „gentle“ development is encouraged.

Whithall's aim is to make it less risky and costly to seek planning permission. Smaller developers say the present rules are biased towards larger builders with the money to hire consultants and lawyers to help them game the system.

AFFORDABLE HOUSING

Under a First Homes scheme, new properties would be sold to first-time buyers, key workers and locals at a 30 per cent discount. This would be locked in to keep the home in the affordable housing pool. The government wants a quarter of all affordable homes to be discounted. Shelter and the Local Government Association would prefer social housing. Savills, the estate agent, said the reform would reduce the supply of shared ownership homes, which „offer a route to home ownership with lower deposits and lower income requirements“.

LOCAL PLANS

Every local authority will have a local plan setting rules for development. Residents and politicians will be invited to get involved at the planning stage but will have little or no say over developments once the plans are in place. This will encourage councils to think about long-term plans and force them to do it quickly and briefly. Local plans will have to be completed in 30 months, which experts have said is ambitious.

RELEASING LAND

Whitehall will impose housing requirements on local councils and those in more affluent areas – which are typically Conservative-controlled – will be required to release the most land. Allowing councils discretion on their targets is judged to have failed. Whitehall will effectively distribute a national target, at present 300,000 new homes a year, to councils who will decide only which land to designate, not how much.

DESIGN CODES

A national design code will set out clear rules for developers nationally, to be tweaked at a local level. It will fast-track approval for “beautiful” developments. All new streets will be tree-lined and new homes carbon neutral by 2050. This top-loading is a radical change. It will take months, if not years, to achieve a consensus on “good” design.

NEW LEVY

At present developers must pay a mix of levies and meet conditions that typically include a set number of affordable housing units and helping councils to meet the costs of an increased population. These will be replaced by a single national infrastructure levy based on the proportion of a development’s market value above a fixed threshold, and distributed to local authorities to spend as they choose. Ministers have said that the overall cost to developers will rise and that more affordable homes will be built as a result.

DIGITALISATION OF PLANS

Ministers want planning to be digital first, making all information about applications available to view on a phone. A property-tech-innovation council will promote start-ups to boost an emerging sector that could be worth £ 6 billion, according to Forbes.

WHAT

The Guardian, 17.08.2020, National, S. 10

Exams across Europe

What did others do?

While the UK announced the cancellation of GCSEs and A-levels in March, in Germany the exams went ahead as planned, in well-ventilated

classrooms with smaller groups of students sitting 1.5 metres apart. Several states reported results marginally higher than usual.

France cancelled its entire *baccalauréat* exam programme for the first time since its introduction in 1808. The country's 740,000 final year students were awarded an average grade for each subject based on coursework and earlier tests. Local juries assessed and – if necessary – adjusted students' grades according to national averages and schools' past examination records.

The pass rate for the 2020 *bac* was over 95 %, more than seven percentage points higher than the previous year, forcing the French government to create about 10,000 extra university places.

The Netherlands recorded a higher pass rate after its central school leaving exams were cancelled, with schools awarding final marks on the basis of coursework and the schools' own tests, which pupils were also allowed to resit. **Josh Halliday**

Anhang 2: Deutsche Presstexte

WIE

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.09.2020, Politik, S. 8

Wie sich Nord Stream 2 verhindern lässt

Die rechtlichen Instrumente zum Stopp der russischen Erdgasleitung/ Von Konrad Schuller, Berlin

Seit dem Giftanschlag auf den russischen Oppositionellen Aleksej Nawalnyj fordern immer mehr Politiker in Berlin und im Ausland, die beinahe fertige russische Gasleitung Nord Stream 2 von Russland durch die Ostsee nach Deutschland zu stoppen. Die Grünen, tun das ohnehin, dazu führende Köpfe der CDU und zuletzt der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in der F.A.Z. Bisher hat aber noch niemand dargelegt, wie das rechtlich gehen soll. Das ändert sich jetzt. Die Mitvorsitzende der Grünen Annalena Baerbock hat der F.A.Z. Elemente eines konkreten Planes vorgelegt, der stellvertretende polnische Außenminister Pawel Jablonski hat Ratsbeschlüsse genannt, mit denen Europa Sanktionen gegen Nord Stream 2 wegen des Attentats auf Nawalnyj begründen könnte. Und der grüne Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer hat dargelegt, was die EU-Kommission und die deutsche Bundesnetzagentur als deutsche Zertifizierungsstelle tun können.

Als wichtigster erster Schritt auf dem Weg zu einem Stopp erscheint dabei aus Sicht der Kritiker ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu der Auffassung, dass Nord Stream 2 die Sicherheit Europas bedroht. Argumente dafür gibt es genug. Erstens ist der Eigentümer des Schweizer Unternehmens

zu 100 Prozent der staatliche russische Gas-Exportmonopolist Gasprom. Alle Gewinne, die Nord Stream 2 eines Tages machen könnte, würden also die russischen Militäreinsätze in Libyen, in Syrien und in der Ukraine finanzieren. Sie würden auch das System von Geheimdiensten und militärischen Chemiewaffenlabors speisen, aus dem heraus der Einsatz des Nervengifts Nowitschok gegen Aleksej Nawalnyj vermutlich organisiert worden ist – genau wie der Mordanschlag gegen den britischen Bürger Sergej Skripal und seine Tochter in Salisbury. Damals kam ebenfalls Nowitschok zum Einsatz, eine unbeteiligte Passantin starb. Wenn Deutschland offiziell nun anerkennt, dass von Nord Stream 2 auch deshalb eine Gefahr ausgeht, weil es den russischen Mordapparat mit finanziert, und wenn die übrigen EU-Länder dieser Anschauung folgen (die meisten tun das ohnehin), gibt es in den Regelwerken der EU Handhaben zum Stopp der Leitung.

Annalena Baerbock gibt hier die Linie vor. Der F.A.Z. sagte sie, Bundeskanzlerin Merkel müsse als Erstes „endlich einräumen“, dass Nord Stream 2 „Europa spaltet, seine Sicherheit gefährdet und seine energiepolitische Souveränität untergräbt“. Diese Pipeline sei außerdem „eine Sicherheitsgefahr für die Ukraine“. Dies alles auch „von Seiten der Bundesregierung“ auszusprechen sei „eine wichtige Voraussetzung, um Nord Stream 2 zu stoppen“. Dann könnten nämlich die EU-Wirtschaftsminister beschließen, das Projekt zu beenden, und zwar auf der Grundlage des Artikels 215 im Vertrag über die Arbeitsweise der EU. „Voraussetzung ist aber, dass sich die Bundesregierung endlich positioniert.“

Das Bundeswirtschaftsministerium hat die F.A.Z. darauf hingewiesen, dass dieser Artikel tatsächlich die Grundlage für Sanktionsbeschlüsse sein könnte. Er sieht vor, dass der Rat der EU „restriktive Maßnahmen gegen natürliche oder juristische Personen“ erlassen kann – also auch Unternehmen wie Gasprom oder Nord Stream 2.

Es gibt aber noch eine weitere Rechtsgrundlage für mögliche Sanktionen, und auf die weist der stellvertretende polnische Außenminister Jablonski hin: das EU-Sanktionsregime gegen chemische Waffen. Es wurde am 15. Oktober 2018 nach dem Attentat auf Skripal in Salisbury beschlossen und hat auch schon gültige EU-Sanktionen gegen die mutmaßlichen Täter und ihre Hinterleute möglich gemacht. Jablonski sagt jetzt, dieser „Ansatzpunkt“ sei auch im Zusammenhang mit Nawalnyj und Nord Stream 2 „die beste Vorgehensweise“. Polen betrachte „diese Tat als einen weiteren guten Grund, Nord Stream 2 zu stoppen“, und werde diesen Standpunkt im Gespräch mit Deutschland und den übrigen EU-Staaten auch vertreten. Für die Regierung in Warschau sei es „absolut eine Option“, dem Rat der EU Sanktionen gegen Nord Stream 2 aufgrund des EU-Chemiewaffenbeschlusses vorzuschlagen. Allerdings wolle man sich vorher mit Deutschland und den übrigen Partnern absprechen, weil eine solche Entscheidung Einstimmigkeit verlange. Der

stellvertretende Außenminister fügt hinzu, vor allem für die mit der EU assoziierte Ukraine stelle Nord Stream 2 eine existentielle Gefahr dar, weil eine neue Ostsee-Röhre die gegenwärtigen Transitleitungen durch dieses Land überflüssig machen würde. Dann aber könne Russland seinen gegenwärtigen Krieg in der Ostprovinz Donbass „eskalieren“, ohne seine Gasexporte zu gefährden.

In den Apparaten der EU wird diese Option nach Informationen der F.A.Z. mittlerweile konkret durchdacht, und in Deutschland melden sich erste Stimmen, die eine derartige Vorgehensweise gutheißen. Der Fraktionssprecher der Grünen für Osteuropa-Fragen, Manuel Sarrazin, teilte der F.A.Z. mit, der Weg zu einem Stopp für Nord Stream 2 könne tatsächlich über das EU-Chemiewaffenregime führen. „Das geht grundsätzlich.“ So ein Beschluss müsse aber „verhältnismäßig sein“, um vor dem Europäischen Gerichtshof bestehen zu können. Seine Ansicht sei, dass zumindest ein „zeitlich beschränktes“ Einfuhrverbot für Gas aus Nord Stream 2 diesem Maßstab genügen würde.

Es gibt aber noch einen weiteren Weg. Der grüne Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer weist darauf hin, dass Nord Stream 2 von der zuständigen deutschen Regulierungsbehörde, der Bundesnetzagentur, noch nicht zertifiziert ist. Zu den Kriterien einer Zertifizierung gehöre aber „die Energiesicherheit aller EU-Länder, also auch der Länder Osteuropas“. Der Staatskonzern Gazprom als Besitzer von Nord Stream 2 sei jedoch „von Präsident Putin immer wieder als politische Waffe gegen Russlands Nachbarn eingesetzt worden“. Deshalb müsse die Bundesnetzagentur der Leitung am Ende „die Zertifizierung verweigern“, und am Ende müsse die EU-Kommission prüfen, ob die Bundesnetzagentur „ihren Job macht“. Ohnehin sei das in der EU-Gasrichtlinie so vorgesehen. „Falls sich zeigen sollte, dass die deutschen Behörden Russland zu weit entgegenkommen, muss sie ihre Zustimmung verweigern.“

WIE

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.02.2021, Politik, S. 8

Wie entsteht Wissenschaftsskepsis?

Eine Studie zeigt die Langzeitwirkung von Epidemien auf das Vertrauen in die Forschung/Von Swaantje Marten

Kommen Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft angesichts der Corona-Pandemie zu neuem Ansehen und Vertrauen? Virologen wie Christian Drosten von der Berliner Charité oder Hendrik Streeck von der Universität Bonn, von deren Arbeit die breite Öffentlichkeit vor dem Ausbruch der Pandemie kaum Notiz genommen hat, sind seit der Ankunft von Covid-19 in Deutschland prominente Forscher geworden. Doch führt das enorme Interesse der Öffentlichkeit auch zu mehr Vertrauen in die Wissenschaft?

Eine kürzlich veröffentlichte internationale Studie deutet eher auf den gegenteiligen Effekt hin. Der Ökonom Barry Eichengreen von der Berkeley-Universität in Kalifornien und seine in England tätigen Kollegen Cevat Giray Aksoy und Orkun Saka haben die Langzeitwirkung von Epidemien der vergangenen 50 Jahre ausgewertet. Sie haben festgestellt, dass diese Seuchen das Vertrauen der Menschen in die Wissenschaft im Durchschnitt deutlich reduziert haben. Das trifft laut der Studie vor allem auf Personen zu, die eine Epidemie als junge Erwachsene, also im Alter von 18 bis 25 Jahren, erlebt haben. Die Wissenschaftler erklären das damit, dass sich in diesem Lebensabschnitt Ansichten formen, die oft besonders fest verankert sind. In der Psychologie spricht man deshalb auch von „formbaren Jahren“.

Warum aber sinkt das Vertrauen in die Wissenschaft ausgerechnet infolge einer Epidemie? Während einer Gesundheitskrise wie der Corona-Pandemie oder auch der Ebola-Epidemie, so die Autoren, arbeitet die Wissenschaft auf Hochtouren. Jeden Tag gibt es neue Erkenntnisse, wodurch es zu widersprüchlichen Aussagen kommen kann. Dieser für die Wissenschaft ganz normale Prozess findet aber normalerweise in der Öffentlichkeit wenig Beachtung. Gerade Menschen, die sonst eher wenige Berührungspunkte mit der Wissenschaft haben, können diese Widersprüche als unseriös empfinden. In der Folge sinkt ihr Vertrauen in die Wissenschaftler. In Eichengreens Studie geben deshalb vor allem bildungsferne Personen den Ausschlag für das sinkende Vertrauen in die Wissenschaft.

Kastentext: *Widersprüchliche Aussagen in wissenschaftlichen Prozessen werden oft als unseriös empfunden.*

In Ländern wie Deutschland, wo der Bildungsstand im internationalen Vergleich hoch ist, zeigen Umfragen hingegen, dass das Vertrauen in die Wissenschaft mit der Corona-Pandemie sogar gewachsen ist. Laut dem Wissenschaftsbarometer, einer Erhebung der gemeinnützigen Organisation Wissenschaft im Dialog (WiD), gaben im November vergangenen Jahres 60 Prozent der Befragten an, der Wissenschaft eher oder voll und ganz zu vertrauen. Im Vorjahr waren es nur 46 Prozent. 67 Prozent der Teilnehmer stimmten sogar der Aussage zu, dass Kontroversen zwischen Wissenschaftlern zum Coronavirus hilfreich seien, weil sie dazu beitragen, dass sich die richtigen Forschungsergebnisse durchsetzen.

Der Geschäftsführer der WiD, Markus Weißkopf, wertet das als Zeichen dafür, dass die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gut funktioniert. Allerdings hat der Anteil derer, die den Forschern ihr Vertrauen aussprechen, zwar im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, im Verlauf der Pandemie aber abgenommen. Im April gaben noch 73 Prozent an, der Wissenschaft zu trauen, 13 Prozent mehr als zum Jahresende. Ein Drittel der Befragten war außerdem der Meinung, Forscher bemühten sich zu wenig,

die Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren. Immerhin waren das sechs Prozent weniger als noch 2017.

Einer, der sich diesen Vorwurf nicht machen muss, ist der Virologe Christian Drosten. Er gehört zu jenen Wissenschaftlern, die ihre Einschätzungen zur Pandemie nicht nur in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, sondern auch direkt über die sozialen Medien und einen Radio-Podcast zu vermitteln versuchen. Nun ist es eine Wissenschaft für sich, in den von Twitter vorgegebenen 140 Zeichen etwas so Komplexes wie die Ursachen und Folgen des Pandemiegeschehens zu erklären. Nicht immer trifft Drosten damit ins Schwarze. Seine Tweets bekommen mitunter Hunderte Antwortkommentare, in denen seine wissenschaftliche Integrität in Frage gestellt wird („So ein wirrer Schwachmatiker der Drosten.“). Anhänger des #TeamDrosten liefern sich hier mit den Kritikern des Wissenschaftlers einen teils hasserfüllten Schlagabtausch.

Und auch sonst gereichen die sozialen Medien der Wissenschaftskommunikation nicht immer zum Vorteil. So werden Videos, in denen Wissenschaftler zur Pandemie Stellung nehmen, teils so geschnitten, dass Zitate aus dem Zusammenhang gerissen sind und eine andere Bedeutung bekommen. Bei einer Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestags im September hatte Drosten etwa gesagt, es gebe keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass eine Alltagsmaske vor einem schweren Krankheitsverlauf schütze, indem sie die Menge der Viren verringere. Einige Menschen verstanden unter der etwas verwirrend formulierten Aussage das Geständnis, Alltagsmasken nützten generell nicht nachweislich. Der 53 Sekunden lange Ausschnitt aus dem deutlich längeren Video wurde mehr als 6000 Mal auf Facebook geteilt und von Corona-Skeptikern als Beweis für die Widersprüchlichkeit wissenschaftlicher Aussagen gewertet.

Es ist also vorstellbar, dass auch diese Pandemie, nicht trotz, sondern gerade wegen der Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der wir heutzutage kommunizieren, zumindest bei Teilen der Gesellschaft ein nachhaltiges Misstrauen in die Wissenschaft hervorrufen wird. Die Studie von Eichengreen und seinen Kollegen zeigt, dass aus Misstrauen eine geringere Impfbereitschaft folgen kann. Die befragten Wissenschaftsskeptiker wollten demnach ihre Kinder später oft nicht einmal mehr gegen Kinderkrankheiten wie Masern impfen lassen.

WARUM

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.10.2019, Politik, S. 6
Warum auch ein Freihandelsabkommen mit London scheitern könnte
Auch wenn ein Austrittsvertrag zwischen der EU und Großbritannien in Kraft treten sollte, bleibt ein No-Deal-Brexit noch lange möglich/Von Jörg Philipp Terhechte

Wie die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach einem Brexit langfristig aussehen werden, ist bislang bestenfalls zu erahnen. Dieses grundlegende Problem rückt in den Debatten im House of Commons immer mehr in den Vordergrund. Niemand weiß heute genau, wie es nach dem Austrittsvertrag, der bis Ende 2020 gelten soll, weitergehen soll. Zwar ist immer von einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich die Rede, wie dieses aber konkret aussehen könnte und ob die vorgesehenen Zeitlinien für seine Aushandlung realistisch sind, steht in den Sternen. Während der Premierminister nun in Bezug auf das anvisierte Freihandelsabkommen von einem „interessanten Unterfangen“ („exciting enterprise“) sprach, wurde insbesondere von der Labour-Opposition und der Scottish National Party lautstark bezweifelt, ob es angesichts der knappen Fristen überhaupt gelingen kann, einen (weiteren) Vertrag mit der EU auszuhandeln. Hier wird befürchtet, dass es doch noch zu einer Art herausgezögertem No-Deal-Brexit kommen könnte, nämlich für den Fall, dass sich die EU und das Vereinigte Königreich nicht auf ein weitgehendes Freihandelsabkommen einigen können.

Tatsächlich ist der ausgehandelte Zeitrahmen ambitioniert: Der Austrittsvertrag sieht vor, dass er zunächst bis zum 31. Dezember 2020 gilt (Art. 126). Diese Frist kann nach Art. 132 des Vertrags vom Joint Committee, das von der EU und dem Vereinigten Königreich gemeinsam eingesetzt werden soll, recht beliebig um ein oder zwei Jahre verlängert werden, was vor dem 1. Juli 2020 erfolgen muss. Diese Fristen gelten wohlgerne für den Austrittsvertrag, nicht für die Spezialregelungen für Nordirland, die sich aus dem Nordirland/Irland-Protokoll ergeben und die erst einmal weitere vier Jahre länger gelten sollen als der Austrittsvertrag. Bedenkt man die Erfahrungen, die die EU in den letzten Jahren im Rahmen der Verhandlungen mit Kanada über das Ceta-Abkommen oder im Rahmen der TTIP-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten gesammelt hat, fehlt hier ganz offensichtlich die Zeit, um mit neuen Entwicklungen, Rückschlägen oder Protesten umgehen zu können.

Hinzu kommt, dass weitgehend ungeklärt ist, wie eine Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in einer Post-Brexit-Situation konkret aussehen könnte. Zwar spricht die politische Erklärung davon, dass eine „ambitious, broad, deep and flexible partnership“ zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich entstehen soll. Doch was heißt das schon? Die politische Erklärung wirkt letztlich nur wie ein Parforceritt durch fast alle Bereiche des Unionsrechts ohne eindeutige Festlegungen. Schon deshalb werden viele konkrete Probleme erst bei den Verhandlungen über ein Folgeabkommen auftauchen. Bislang ist zum Beispiel nicht klar, wie der Status von Nordirland langfristig aussehen wird. Die neuen Regelungen schieben die endgültige Entscheidung hierüber auf und legen sie letztlich in die Hände des nordirischen Regionalparlaments. Das kann sich als riesige Hürde

für alle weiteren Verhandlungen erweisen, insbesondere wenn es um den EU-Binnenmarkt geht.

Problematisch sind auch die Vorstellungen über eine Streitschlichtung im Rahmen der künftigen Beziehungen. Die politische Erklärung setzt hier zunächst auf das Joint Committee, auf traditionelle völkerrechtliche Streitschlichtungsmechanismen und auch auf Schiedsgerichte. Doch die Institution der Schiedsgerichtsbarkeit hat in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit viele Ressentiments hervorgerufen. Hier sind Konflikte vorprogrammiert. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang auch, dass man ohne eine Einigung auf das WTO-Recht zurückfallen, was im Vereinigten Königreich häufig für den Fall des No-Deal-Brexits betont wird. Hier ist Vorsicht angebracht. Der allfällige Verweis der Brexiteers auf die WTO-Strukturen hilft in diesem Zusammenhang aber überhaupt nicht weiter: Zum einen bedeutet Handel unter den Bedingungen des WTO-Rechts etwas völlig anderes als das, was in der politischen Erklärung angestrebt wird, zum anderen wird der WTO Appellate Body aufgrund der Weigerung der Vereinigten Staaten, neue Mitglieder zu benennen, voraussichtlich ab Dezember 2019 erst einmal handlungsunfähig.

Immerhin ist in der Erklärung davon die Rede, dass der EuGH in allen Fragen, die die Auslegung des Unionsrechts betreffen, zuständig bleiben soll. Dieser Passus, der letztlich die berühmte Autonomie des EU-Rechts sichern soll, könnte sich aber ebenfalls als Bumerang bei weiteren Verhandlungen erweisen, denn der EuGH wird sich sehr genau anschauen, wie die Streitschlichtung im Rahmen eines Abkommens ausgestaltet sein wird. Er hat in den letzten Jahren seine Position im institutionellen Gefüge der EU zu verteidigen gewusst, zum Beispiel als es um den Beitritt der EU zur EMRK ging.

Hinzu kommen weitere Herausforderungen: Im Vereinigten Königreich wird der Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen von Nordirland und Schottland einerseits und England und Wales andererseits eine wichtige Rolle spielen, was schwierige Kompromisse erfordern wird. Auf der Seite der EU wird die Frage sein, auf welche Grundlagen in den EU-Verträgen sich ein ambitioniertes Abkommen mit dem Vereinigten Königreich stützen muss und wer entsprechend einzubeziehen ist. Da sich die politische Erklärung auf fast alle Bereiche des EU-Rechts bezieht, wird über ein gemischtes Abkommen geredet werden müssen. Bei solchen Abkommen sind auch die EU-Mitgliedstaaten zu beteiligen, was mitunter erhebliche Probleme verursachen kann, wie die Blockade des Ceta-Abkommens durch Wallonien gezeigt hat.

Dass die Aufmerksamkeit aller Beteiligten immer stärker auch dem künftigen Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gilt, zeigt, dass es viel mehr ist als ein bloß interessantes Unterfangen. Es könnte schlicht scheitern. Die Folge wäre dann doch noch ein No-Deal-Brexit.

Professor Dr. Jörg Philipp Terhechte ist Direktor des Competition & Regulation Institute an der Leuphana Universität Lüneburg sowie Professor for European and International Economic Law an der University of Glasgow.

WARUM

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.01.2020, Politik, S. 2

Warum hat Trump Soleimani gerade jetzt töten lassen?

Demokraten wütend/Von Majid Sattar, Washington

Qassem Soleimani auszuschalten war kein Spontaneinfall des amerikanischen Militärs. Im Pentagon gibt es für alles Pläne. Wenn der Oberbefehlshaber Handlungsoptionen anfordert, dann legt ihm der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs eine Liste vor, die ein Spektrum abdeckt, das zwischen Eskalation und Deeskalation viele Graustufen enthält. Die gezielte Tötung des Chefs der iranischen Quds-Brigaden, der für den Tod von Hunderten Amerikanern vor allem im Irak verantwortlich gemacht wird, war dem Vernehmen nach auch schon George W. Bush und Barack Obama als Option präsentiert, aber stets verworfen worden, weil der erwartete Schaden als größer eingeschätzt wurde als der Nutzen.

Nach und nach dringen Details darüber an die Öffentlichkeit, wie es in der vergangenen Woche zum Befehl Donald Trumps kam. Als Ende Dezember im irakischen Kirkuk beim Angriff auf einen Militärstützpunkt ein Amerikaner getötet und mehrere verletzt wurden, wurde dem Präsidenten auch die Tötung Soleimanis als Option vorgelegt, berichtete die „New York Times“. Trump habe sich aber für Luftschläge auf Stellungen proiranischer Milizen entschieden, die man für den Angriff verantwortlich machte. Als er einige Tage später allerdings die Fernsehbilder der teilweisen Erstürmung der amerikanischen Botschaft in Bagdad sah, sei er wütend geworden und habe kurz darauf seine Meinung geändert. Trump wählte nunmehr jene Option, die seine Militärs als unwahrscheinlichste, weil extreme Variante betrachtet hatten: die gezielte Tötung nicht etwa eines Vertreters eines nichtstaatlichen Akteurs, sondern des wichtigsten iranischen Generals.

Nach dem Raketenangriff auf Soleimanis Wagen am Bagdader Flughafen verzichtete Trump zunächst auf weitere Eskalationssignale: Die Aktion habe darauf gezielt, einen Krieg zu beenden, nicht einen Krieg zu beginnen, sagte er bei einem kurzen Auftritt am Freitag, bei dem er sich streng an sein Manuskript hielt. Am Samstag allerdings legte er nach: Über Twitter verbreitete er eine klare Drohung: „Sie haben uns angegriffen, und wir haben zurückgeschlagen. Wenn sie wieder angreifen, wovon ich ihnen strikt abrate, werden wir sie härter treffen, als sie je getroffen wurden.“ Sodann: Für den Fall, dass Teheran Amerikaner oder amerikanische Anlagen angreife, habe

seine Regierung 52 iranische Ziele ausgemacht, darunter sehr wichtige für das Land und seine Kultur. Amerika nehme Bedrohungen nicht länger hin. Trump wies darauf hin, dass man bewusst 52 Ziele ins Visier nehme, weil dies der Zahl der Geiseln entspreche, die das Regime 1979 in der amerikanischen Botschaft in Teheran 444 Tage lang festgehalten habe.

Im Pentagon soll die Entscheidung des Präsidenten auch deshalb einige verblüfft haben, weil die Einschätzung, Soleimani stelle eine „unmittelbare Bedrohung“ dar, durchaus strittig war. Mark Milley, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, hatte am Freitag davon gesprochen, dass „unmittelbar“ Tage, aber auch Wochen heißen könne. Die Erkenntnisse der Nachrichtendienste, auf die sich Trump und seine Kabinettsmitglieder beriefen, sollen nahegelegt haben, dass Anschläge auf amerikanische Botschaften, Konsulate oder Militärstützpunkte im Irak, in Syrien oder Libanon geplant seien. Die „New York Times“ zitierte eine Person, welche die Erkenntnisse der Nachrichtendienste „dünn“ nannte. Von einer unmittelbaren Bedrohung könne nicht gesprochen werden, da abgehörte Gespräche Soleimanis mit Ajatollah Ali Chamenei, dem iranischen Revolutionsführer, zeigten, dass Letzterer Angriffsplänen noch nicht zugestimmt und um ein Gespräch mit dem General in Teheran gebeten hatte. Der Bericht der Zeitung wurde bisher von der Trump-Regierung nicht kommentiert. Eine Sprecherin Milleys äußerte nur, dass „einige der Zuschreibungen falsch“ seien. Später sagte Außenminister Mike Pompeo, es habe bei der Entscheidung für den Luftschlag unter den Entscheidern „keine Skepsis“ gegeben.

Nancy Pelosi, die „Sprecherin“ des Repräsentantenhauses und ranghöchste Demokratin, äußerte, die Unterrichtung des Kongresses über die gezielte Tötung „wirft mehr Fragen auf als sie beantwortet“. Die Regierung hatte nicht wie üblich die Fraktionsführungen sowie die Vorsitzenden und Obleute der Geheimdienstausschüsse beider Kammern über die bevorstehende Operation in Kenntnis gesetzt. Gemäß der „War Powers Resolution“ informierte sie die Legislative aber binnen 48 Stunden über den Militäreinsatz. Pelosi nannte den Schritt der Trump-Regierung „provokativ, eskalierend und unverhältnismäßig“.

In der Reaktion der Demokraten vermischen sich unterschiedliche Motive: Da ist zum einen das seit dem Irak-Krieg bestehende Misstrauen gegenüber nachrichtendienstlichen Erkenntnissen. Da ist zum anderen der Vorwurf, die Regierung könnte eine außenpolitische Eskalation gewählt haben, um vom Impeachment-Verfahren gegen Trump abzulenken. Und schließlich ist da noch das Unbehagen über Trumps impulsive Persönlichkeit.

Freilich soll die Kritik der Demokraten aber auch die eigene Vielstimmigkeit überdecken. Zum einen widersprechen sich die Vorwürfe: Handelte Trump nun impulsiv oder nach teuflischem Kalkül? Zum anderen: Als der Präsident im Sommer einen Vergeltungsschlag für den Abschuss einer

unbemannten Drohne durch Iran im letzten Moment abblies, warfen ihm Demokraten vor, Amerika schwach aussehen zu lassen. „Keiner hat mehr Angst vor uns“, twitterte seinerzeit Chris Murphy, einer der Außenpolitiker der Demokraten im Senat. Nun wirft er Trump vor, ein „Attentat“ begangen zu haben und eine Eskalation zu betreiben.

Trump wollte am Sonntag nach zwei Wochen in Florida nach Washington zurückkehren. Im Kapitol wird weiter über das Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten gestritten. Das Repräsentantenhaus hat die Anklagepunkte immer noch nicht an den Senat überstellt.

WAS

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.01.2020, Politik, S. 6

Stumpfes Schwert

Was „Schlichtung“ im Atomstreit bedeutet/Von Thomas Gutschker, Brüssel

Überrascht kann Teheran am Dienstag nicht gewesen sein. Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich hatten schon seit November darüber beraten, ob sie den Schlichtungsmechanismus im Atomabkommen aktivieren – als Antwort auf den schrittweisen Rückzug Irans aus seinen Verpflichtungen. Wie die Außenminister der drei Länder in ihrer gemeinsamen Erklärung am Dienstag schrieben, machten sie dem Land schon in einer Sitzung am 6. Dezember deutlich, „dass wir, wenn es seinen Kurs nicht ändert, keine andere Wahl haben, als im Rahmen der Nuklearvereinbarung Maßnahmen zu ergreifen“. Nun ist es soweit: Die drei europäischen Garantiemächte haben das im Vertrag vorgesehene Verfahren zur Streitschlichtung ausgelöst.

Aus Sicht der drei Europäer hat Iran mit seiner Ankündigung vom 5. Januar eine rote Linie überschritten. Man werde sich künftig nicht mehr an Beschränkungen bei der Zahl der Zentrifugen, der Menge des angereicherten Urans und des Anreicherungsgrades halten, hatte Teheran wissen lassen – es war die erste „Vergeltung“ des Landes, nachdem Amerika Qassem Soleimani getötet hatte. Zwar leistete Teheran dieser Ankündigung bis dato nicht Folge – die Internationale Atomenergiebehörde, welche die Anlagen rund um die Uhr überwacht, meldete keine verdächtigen Aktivitäten. Doch wollten die drei Staaten die fortgesetzte Abwicklung des Abkommens von 2015 nicht länger hinnehmen.

Ungewiss ist allerdings, ob und wie sie das durch eine Schlichtung ändern können. Zunächst wird nun gemäß Paragraph 36 die Gemeinsame Kommission eingeschaltet. Das sind die stellvertretenden Außenminister der verbliebenen fünf Garantiestaaten, neben den Europäern noch Russland und China sowie Iran. Das Gremium tagt unter dem Vorsitz der deutschen Generaldirektorin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Schmid. Es hat

15 Tage Zeit, um eine Einigung herbeizuführen, es sei denn diese Frist wird im Konsens verlängert.

Besteht der Konflikt fort, werden die Außenminister eingeschaltet, nach demselben Prozedere. Bleibt das ebenfalls erfolglos, sieht das Atomabkommen in Paragraph 37 vor, dass der Beschwerdeführer den Fall an den UN-Sicherheitsrat überweisen kann. Dort entstände maximaler Druck: Alle Sanktionen werden wieder eingesetzt, es sei denn der Rat entscheidet binnen dreißig Tagen anders. Diese Drohkulisse sollte dazu beitragen, dass Iran Vertragsverstöße korrigiert, bevor ein Konflikt eskaliert. Doch wirkt sie nicht mehr, seit der amerikanische Präsident Trump das Atomabkommen im Mai 2018 verließ. Denn nun würde Amerika jede Chance nutzen, um den Vertrag im Sicherheitsrat zu erledigen – das ist Trumps erklärtes Ziel. Den Europäern bleibt deshalb nichts anderes übrig, als sich auf die erste Phase zu beschränken, solange sie selbst an dem Vertrag festhalten wollen.

WAS

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.01.2020, Politik, S. 2

Was darf der BND?

Die Verfassungsrichter müssen darüber befinden, wen der Nachrichtendienst im Ausland überwachen darf. Die Regierung pocht auf ihre Sicherheitsinteressen/Von Marlene Grunert, Karlsruhe

Die Verfassungsrichter müssen darüber befinden, wen der Nachrichtendienst im Ausland überwachen darf. Die Regierung pocht auf ihre Sicherheitsinteressen.

Ist der deutsche Staat auch im Ausland an Grundrechte gebunden? Die Bedeutung dieser Frage machte der Verfassungsrichter Johannes Masing zu Beginn des Verfahrens deutlich – allzu grundsätzlich wollte er sie aber nicht verstanden wissen. Ein Problem „von grundsätzlicher Bedeutung“, so Masing. Allgemein müsse es in Karlsruhe aber nicht gelöst werden.

Dort widmete sich der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am Dienstag dem Bundesnachrichtendienst (BND) und seiner „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“. Der BND ist einer der drei deutschen Nachrichtendienste. Anders als die beiden Inlandsgeheimdienste, der Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst, ist er für das Ausland zuständig. Von „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ ist die Rede, wenn der BND Telekommunikation von Ausländern im Ausland überwacht.

Seit einer Reform des BND-Gesetzes im Jahr 2016 ist diese Praktik erstmals geregelt. Dabei durchforscht der BND internationale Kommunikation auf bestimmte Suchbegriffe, etwa E-Mail-Adressen oder Namen. Mit Hilfe entsprechender „Selektoren“ läuft die Überwachung weitgehend automatisch ab. Die Überwachung von Inländern richtet sich weiterhin nach dem

G-10-Gesetz, das erheblich höhere Hürden aufstellt. Wenn im Rahmen der „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ etwas darauf hindeutet, dass Inländer an der Kommunikation beteiligt sind, muss der BND die Daten aussortieren. Sie dürfen vom BND nicht abgehört werden. „Reporter ohne Grenzen“ und sechs ausländische Investigativjournalisten sind gegen das neue Gesetz vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Sie befürchten, in ihren Rechten verletzt zu sein, weil ihre Recherchen den Auftrag des BND berührten. Auch sie sammelten schließlich Informationen über politisch brisante Themen.

Die Journalisten beklagen, dass das Gesetz sie als Berufsgeheimnisträger nicht ausreichend schütze, dabei seien sie darauf angewiesen, ihre Quellen zu hüten. Diese gerieten durch eine Überwachung und einen etwaigen Austausch zwischen den Geheimdiensten in Gefahr. Christian Mihr, der Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“, verwies in Karlsruhe auf Kooperationen, die etwa die „Paradise Papers“ zu Steuerumgehungen oder die „Iran Leaks“ zur Verfolgung iranischer Journalisten erarbeitet hätten.

Die Kläger berufen sich auf das Fernmeldegeheimnis und die Pressefreiheit. Mit der Verfassungsbeschwerde wollen sie erreichen, diese Grundrechte weltweit zur Anwendung zu bringen. Dem Wortlaut nach sind Fernmeldegeheimnis und Pressefreiheit nicht auf Deutsche beschränkt, anders als etwa die Versammlungsfreiheit. Juristen sprechen von „Jedermanngrundrechten“. Aber sind deutsche Geheimdienste deshalb überall und jedem gegenüber an Grundrechte gebunden?

Das Bundesverfassungsgericht setzte sich schon 1999 mit dieser Frage auseinander. In einem Grundsatzurteil stellten die Richter fest, dass sich die Verfassung nicht damit begnüge, die innere Ordnung des deutschen Staates festzulegen. In Grundzügen bestimme das Grundgesetz vielmehr auch sein Verhältnis zur Staatengemeinschaft. Was das konkret bedeutet, ließen die Richter offen.

„Dafür gab es gute Gründe“, befand am Dienstag Joachim Wieland, der die Verfassungsbeschwerde schon für unzulässig hält. Wieland ist Bevollmächtigter der Bundesregierung, deren Juristen einem globalen Grundrechtsverständnis seit langem widersprechen. Sie haben schon originell argumentiert, etwa mit der Weltraumtheorie: Die Satelliten, die der BND zur Überwachung nutze, lägen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes.

Von derartigen Begründungen sahen Wieland wie auch Kanzleramtschef Helge Braun am Dienstag ab. Braun hob vielmehr die Bedeutung einer umfassenden „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ angesichts globaler Sicherheitsherausforderungen hervor. Informationen über den Irak oder die Straße von Hormuz könnten über Krieg und Frieden entscheiden. Dabei könne man nicht allein auf die Unterstützung durch andere Nachrichtendienste vertrauen; das gelte umso mehr angesichts aufkeimender Nationalismen. „Wir brauchen

ein eigenes Bild, und zwar innerhalb weniger Stunden.“ So habe man etwa Anschläge auf die Bundeswehr in Afghanistan verhindert.

Laut Bruno Kahl, Präsident des Bundesnachrichtendienstes, macht die „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ 20 Prozent des täglichen Meldeaufkommens aus. Auch aus Gründen der internationaler Kooperation sei sie von immenser Bedeutung: Wenn der deutsche Dienst ausländischen Diensten nichts zu bieten habe, kriege er auch nichts. „Wir müssen in der Lage sein, liefern zu können.“

Joachim Wieland versuchte es in Karlsruhe vor allem mit systematischen Argumenten. Die Grundrechte unterlägen dem Territorialprinzip, gölten also nur für das deutsche Staatsgebiet; das gehe schon aus der Präambel hervor. Wieland sprach gar vor einem „Rechtsimperialismus“, sollte man Ausländern im Ausland die Inanspruchnahme einer fremden Hoheitsgewalt zubilligen. Vor allem aber müsse man sich über die Konsequenzen einer weltweiten Grundrechtsgeltung im Klaren sein – etwa für Kampfeinsätze der Bundeswehr. „Das liegt dann in Ihrer Verantwortung“, warnte er den Ersten Senat.

Dessen Richter zeigten sich überwiegend unbeeindruckt. Über die Grundrechtsbindung der Bundeswehr im Ausland urteile man in diesem Verfahren nicht, machte Johannes Masing, Berichterstatter des Verfahrens, schon zu Anfang der Verhandlung deutlich. Auch die vermeintlich systematischen Bedenken wies die Mehrheit der Richter zurück. Gabriele Britz hob hervor, dass die Präambel kaum aufschlussreicher sein könne als Artikel 1 des Grundgesetzes. Dort heißt es: „Die Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“ Von einer Beschränkung auf Deutschland ist keine Rede. Von einem Rechtsimperialismus könne auch keine Rede sein, wenn es lediglich um eine Verpflichtung deutscher Hoheitsträger gehe.

Matthias Bäcker, Bevollmächtigter der Kläger, sprach der Bundesregierung zunächst seine Anerkennung aus, die „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ überhaupt geregelt zu haben. Die Reform ist eine Folge der NSA-Affäre, die sowohl die Praktiken des amerikanischen Geheimdienstes als auch die seiner deutschen Kollegen offenbart hatte. Der deutsche Nachrichtendienst musste einräumen, ähnlich zu agieren wie die Amerikaner. Dabei stellte sich heraus, dass auch die Deutschen europäische Regierungen abgehört hatten. Recherchen der Zeitschrift „Der Spiegel“ ergaben zudem, dass der BND auch Medienhäuser wie die „New York Times“ abgehört hatte.

„Die Reform des BND-Gesetzes kann aber nur ein Zwischenschritt gewesen sein“, sagte Bäcker. Noch immer gelte schließlich, was ein Mitarbeiter des BND im NSA-Untersuchungsausschuss gesagt habe. Demnach sei die Kommunikation von Ausländern im Ausland „zum Abschluss freigegeben“. Eine derartige Prämisse leuchte schon deshalb nicht ein, weil sich die Kommunikation von Inländern und Ausländern faktisch nicht trennen lasse.

Tatsächlich war eine Erkenntnis des Untersuchungsausschusses, dass eine entsprechende Filterung beim BND nicht immer funktioniert.

Bäcker versuchte auch, die Warnungen der Bundesregierung vor einem ausufernden Grundrechtsverständnis zu entkräften, und hob die Vielfalt der unterschiedlichen Grundrechte hervor; zudem erlaubten die juristischen Auslegungsmethoden zahlreiche Differenzierungen. Wenn man über das Fernmeldegeheimnis urteile, treffe man insofern noch keine allgemeine Aussage.

Das Verfassungsgericht wird die Klage kaum an einer mangelnden Grundrechtsbindung des BND scheitern lassen; das wurde Dienstag deutlich. Dass die Richter die „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ kippen, bleibt dennoch unwahrscheinlich. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass Ausländer den meisten Geheimdiensten der Welt als abhörbar gelten. Plausibler scheint, dass der Erste Senat dem BND strengere Auflagen erteilt. Das Gericht würde sich damit auf einer Linie mit früheren Urteilen zu Fragen von Sicherheit und Freiheit bewegen, etwa denen zur Vorratsdatenspeicherung oder dem BKA-Gesetz.

Bildunterschrift: *Mal ganz grundsätzlich: Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am Dienstag vor Beginn der Verhandlung*

Literaturverzeichnis

- Chovanec, Jan (2014): *Pragmatics of Tense and Time in News. From canonical headlines to online news texts*. Amsterdam: Benjamins.
- De Beaugrande, Robert-Alain & Dressler, Wolfgang (1981): *Einführung in die Textlinguistik*. Tübingen: Niemeyer.
- Di Meola, Claudio (1998): Schlagzeilen in Presse und Werbung. *Deutsche Sprache* 26, 218–239.
- Dor, Daniel (2003): On newspaper headlines as relevance optimizers. *Journal of Pragmatics* 35, 695–721.
- Dykstra, Alan (2019): Critical reading of online news commentary headlines: Stylistic and pragmatic aspects. *Topics in Linguistics* 20 (2), 90–105.
- Fetzer, Anita (2018a): Discourse pragmatics: Communicative action meets discourse analysis. In: Ilie, Cornelia & Norrick, Neal (Hgg.): *Pragmatics and its interfaces*. Amsterdam: John Benjamins, 33–57.
- Fetzer, Anita (2018b): Discourse analysis. In: Jucker, Andreas, Schneider, Klaus & Bublitz, Wolfram (Hgg.): *Handbooks of pragmatics. Methods in pragmatics. Vol. 10*. Berlin: de Gruyter, 393–431.
- Fetzer, Anita (2018c): The encoding and signalling of discourse relations in argumentative discourse: evidence across production formats. In: Gómez-González, Maria & Mackenzie, Lachlan (Hgg.): *The construction of discourse as verbal interaction*. Amsterdam: John Benjamins, 13–44.

- Fetzer, Anita & Speyer, Augustin (2019): Discourse relations across genres and contexts: A contrastive analysis of English and German discourse. *Languages in Contrast* 19 (2), 205–231.
- Finkbeiner, Rita (2018): Warum After Work Clubs in Berlin nicht funktionieren. Zur Lizenzierung von w-Überschriften in deutschen Presstexten. In: Antomo, Mailin & Müller, Sonja (Hgg.): *Non-canonical verb positioning in main clauses*. Hamburg: Buske (Linguistische Berichte, Sonderheft 25), 21–46.
- Finkbeiner, Rita (2020): Wh-headlines in German. What they communicate and whether they optimize relevance. *Scandinavian Studies in Language* 11, 146–169.
- Finkbeiner, Rita & Külpmann, Robert (2022): On the discourse-pragmatics of wh-headlines in German. Diachronic perspectives. *Functions of Language* 29. DOI: 10.1075/fo1.00038.fin.
- Finkbeiner, Rita, Külpmann, Robert & Stawecki, Julian (2021): Zur Selbständigkeit von W-Überschriften. Explorative Studien zu ihrer kontextuellen Lizenzierung. In: Külpmann, Robert & Finkbeiner, Rita (Hgg.): *Neues zur Selbständigkeit von Sätzen*. Hamburg: Buske (Linguistische Berichte, Sonderheft 30), 129–151.
- Ifantidou, Elly (2009): Newspaper headlines and relevance: Ad hoc concepts in ad hoc contexts. *Journal of Pragmatics* 41, 699–720.
- Levinson, Stephen (2000): *Presumptive Meanings: The Theory of Generalized Conversational Implicature*. Cambridge: MIT Press.
- Mårdh, Ingrid (1980): *Headlines. On the Grammar of English Front Page Headlines*. Lund: CWK Gleerup.
- Mey, Jacob (2001): *Pragmatics. An introduction*. Oxford: Blackwell.
- Oppenrieder, Wilhelm (1989): Selbständige Verb-Letzt-Sätze: ihr Platz im Satzmodussystem und ihre intonatorische Kennzeichnung. In: Altmann, Hans, Batliner, Anton & Oppenrieder, Wilhelm (Hgg.): *Zur Intonation von Modus und Fokus im Deutschen*. Tübingen: Niemeyer, 163–244.
- Sandig, Barbara (1971): *Syntaktische Typologie der Schlagzeile. Möglichkeiten und Grenzen der Sprachökonomie im Zeitungdeutsch*. München: Hueber.
- Van Dijk, Teun (1980): *Macrostructures*. Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Wandruszka, Ulrich (1994): Zur Semiotik der Schlagzeile. Der Kommunikationsakt „Meldung“. In: Sabban, Annette & Schmitt, Christian (Hgg.): *Sprachlicher Alltag. Linguistik – Rhetorik – Literaturwissenschaft*. Tübingen: Niemeyer, 571–589.
- Weir, Andrew (2009): Article drop in English headlines. MA thesis, University College London.
- Weuster, Edith (1983): Nicht-eingebettete Satztypen mit Verb-Endstellung im Deutschen. In: Olszok, Klaus & Weuster, Edith: *Zur Wortstellungsproblematik im Deutschen*. Tübingen: Narr, 7–87.
- Wulff, Hans J. (1979): Texte, Themen, Titel. Die Überschrift im Rahmen der Textsemantik. In: *Zur Textsemiotik des Titels (Münsteraner Arbeitskreis für Semiotik)*. Münster, 199–239.